

## Über politische Verbrechen gegen fremde Staaten.

Von Dr. Heinrich Lammasch,  
Privatdozenten an der Wiener Universität.

Während allgemeine Übereinstimmung sowohl in den Gesetzen als in der Theorie darüber besteht, daß, von ganz singulären Ausnahmen abgesehen, Angriffe auf die vom Strafrechte geschützten Privatrechte nicht aufhören strafbar zu sein, wenn sie nicht gegen Inländer, sondern gegen Fremde gerichtet sind, gehen sowohl die Gesetzgebungen wie die Theorien weit auseinander in der Beantwortung der Frage, ob auch Angriffe gegen die politischen Rechte der Ausländer durch das Recht des Inlandes in ähnlicher Weise wie Beeinträchtigungen der politischen Rechte der Inländer bestraft werden sollen. Einzelne Gesetzgebungen fassen eine Anzahl von Delikten der fraglichen Natur unter dem Schlagworte „feindliche Handlungen gegen fremde Staaten“ zusammen, andre bedrohen die eine oder die andre That aus dieser Gruppe als ein Delikt von eigentümlicher Art und wieder andre enthalten sich jeder Strafdrohung gegen die hier in Betracht kommenden Thaten.

Die Schwierigkeit des Problems, ob das Recht eines Staates Angriffe gegen solche Rechte von Fremden bestrafen solle, welche diesen nicht in ihrer Eigenschaft als Menschen, sondern nur in ihrer Eigenschaft als Bürger eines bestimmten Staates in Kraft der Verfassung desselben zukommen, hat m. E. zum großen Teile ihren Grund darin, daß man die Frage bisher nicht in der oben formulierten Fassung gestellt hat, sondern in der andern, die Erwägung der Gründe und Gegengründe erschwerenden Gestalt, ob das Recht eines Staates Anlaß habe, Angriffe gegen die Verfassung und den Territorialbestand eines fremden Staates mit Strafe zu bedrohen.

Wie in so vielen andern Fragen, so erschwert auch hier die anthropomorphe Auffassung des Staates die Lösung staatsrechtlicher Probleme, welche sich sofort weit einfacher zeigen, sobald man an Stelle der unbenannten Größe des Staates deren jeweiligen Wert in die

Rechnung einsetzt. So vereinfacht sich auch unser Problem, wenn wir statt von Angriffen gegen die Verfassung fremder Staaten zu sprechen, die Stellung untersuchen, welche ein Staat veranlaßt ist, gegenüber Angriffen auf die aus der Verfassung eines fremden Staates abgeleiteten Rechte der Angehörigen des letzteren einzunehmen.<sup>1)</sup>

# I.

Bei der überaus komplizierten Natur dessen, was der Staat ist, bei der Unmöglichkeit, alle Funktionen desselben mit einem Blicke zu übersehen, mit einem Worte zu nennen, und bei der mannigfachen Verschlingung und Verwicklung der Beziehungen mehrerer Staaten zu einander kann es nicht Wunder nehmen, daß, je nachdem man die eine oder die andre Seite der Natur des Staates und der Staaten-gemeinschaft ins Auge faßt, die Antwort auf diese Fragen verschieden ausfallen muß: daß eine Erwägung unser Urtheil in dieser, eine andre, gleichberechtigte hinwieder es in jener Richtung leiten zu wollen scheint. Was uns gleichzeitig zu erfassen versagt ist, müssen wir daher durch aufeinanderfolgende Erörterung zu ersetzen suchen und so aus dem Widerspruche der möglichen einseitigen Auffassungen heraus die dem Wesen des Ganzen adäquate anstreben. Auf einen ersten, einseitigen Blick möchte nichts natürlicher scheinen, als daß unser Staat gar keinen Beruf habe, Rechte, welche aus der positiven Verfassung eines andern Staates abgeleitet sind, durch Strafdrohungen zu schützen, Verpflichtungen, welche von der Verfassung eines fremden Staates auferlegt werden, seinerseits durch Sanktionen zu verstärken. Ein auch nur flüchtiges Nachdenken zeigt uns aber sofort, daß diese durch die Verfassung des fremden Staates begründeten Rechte und Pflichten wenigstens nicht durchaus von jener willkürlichen Struktur seien, wie wir zuerst annahmen, sondern daß sie, ebenso wie jene Rechte, welche von allen modernen Gesetzgebungen auch an Ausländern im Auslande gegen vom Inlande ausgehende Angriffe geschützt werden, entweder in der gemeinen Natur der Menschen und den gemeinen Bedürfnissen derselben oder in den besonderen Verhältnissen des betreffenden Staates und den dadurch begründeten Bedürfnissen seiner Einwohner mit historischer Nothwendigkeit begründet

<sup>1)</sup> Die vorliegende Untersuchung, — ein Bruchstück aus einem Systeme des internationalen Strafrechtes, welches ich in nicht allzu ferner Zeit hoffe veröffentlichen zu können — wird sich nur mit dem Falle der Verübung solcher Angriffe im Inlande beschäftigen.

sind, und daß jene Einrichtungen des fremden Staates deren Stützung durch Sanktionen des unsren in Frage steht, in der Mehrzahl der Fälle denselben Zwecken dienen, wie die von ihnen vielleicht sehr verschiedenen politischen Institutionen des Inlandes, daß diese Zwecke aber: die Erhaltung und Entwicklung der Menschheit in ihrem Kulturzustande, auch wenn es sich um deren Realisierung in fernen Landen handelt, unserem Staate nicht gleichgültig sein können.

Aber ebenso lehrt uns wieder die Geschichte, daß in neuer Zeit, wie in alter, diejenigen Individuen und Gesellschaftsklassen, bei welchen nach der bestehenden Verfassung die Übermacht im Staate ist, diese ihre Macht nicht immer zum Wohle der Gesamtheit, sondern oft genug zu ihren Sondervorteilen ausnützen. Unter dieser Voraussetzung kann selbstverständlich die Regierung eines fremden Staates nicht verpflichtet sein, diese Sonderbestrebungen zu unterstützen und diejenigen, welche sich gegen dieselben auflehnen, verfolgen zu helfen. Wer aber entscheidet, ob die Verwaltung eines auswärtigen Staates den Interessen der Gesamtheit desselben entspricht, oder ob sie in ausschließlichem oder doch in übermäßig vorwiegendem Interesse einer Gesellschaftsklasse zum Nachtheile der andern geführt werde? Wird ja doch jede noch so gerechte und das Wohl der Gesamtheit fördernde Verwaltung die Interessen zahlloser Individuen im einzelnen verletzen, und wird das Maß der Vorteile, welche die Individuen auch aus einer musterhaften Verwaltung ziehen, nach der Verschiedenheit ihrer thatsächlichen, der Einwirkung der Gesetzgebung sich entziehenden Verhältnisse, ein sehr verschiedenes sein. So führt uns diese Auffassungsweise im Gegensatz zu der zweiten wieder zu dem Resultate der ersten zurück und scheint es zu befürworten, daß wir Eingriffe in die politischen Rechte der Ausländer in unserem Strafrechte einer Sanktion nicht unterwerfen. Dafür scheint auch die Parallele zu sprechen, welche man zwischen einer solchen indirekten Unterstützung der im Auslande herrschenden Gewalten durch Bestrafung der Angriffe gegen dieselben mit einer direkten, bewaffneten Intervention zu gunsten ihrer Erhaltung gezogen hat.

In einem idealen völkerrechtlichen Zustande, welcher bereits der Vorbote, ja wohl schon der Anfang des ewigen Friedens wäre, würden, sobald ein Krieg zwischen zwei Staaten auszubrechen drohte, alle übrigen Staaten verpflichtet sein, sich jenem Staate anzuschließen, welcher ungerechter Weise angegriffen wird, und mit ihm vereint den Friedensbrecher zu bekämpfen. Jedenfalls sind wir heute von diesem

Zustande so weit entfernt, daß es wohl erlaubt ist, daran zu zweifeln, ob er jemals werde verwirklicht werden können. Nach heutigem Völkerrechte ist vielmehr die Regierung eines jeden Staates bei Ausbruch eines Krieges zwischen andern Staaten sowohl berechtigt, sich des Urtheiles, welcher derselben im Rechte sei, zu enthalten, als auch für jene der beiden kriegführenden Mächte Partei zu nehmen, welche offenbar im Unrechte ist. Und ebenso mag sie, wenn sie auch nicht mit der organisierten Macht ihres Staates für die eine der kriegführenden Mächte eintritt, ihren Unterthanen gestatten, die eine, nicht aber auch die andre dieser Mächte zu unterstützen. Nur ist dann der andre Staat berechtigt, denjenigen, der ohne förmlichen Krieg gegen ihn eröffnet zu haben, sich den Feindseligkeiten eines dritten Staates unterstützend anschließt, als seinen Kriegsfeind zu behandeln und den Krieg auch auf ihn auszudehnen. Die allgemeine Anerkennung des Rechtes, neutral zu bleiben, ist ein Beweis dafür, daß das Recht eines Souveräns auf die örtliche Erstreckung seiner Macht über ein bestimmtes Gebiet von den Gesetzgebern andrer Staaten keineswegs so beurteilt wird wie das Recht eines ausländischen Grundeigentümers, in der örtlichen Erstreckung seines Besizes nicht beeinträchtigt zu werden. Die Regierung eines Staates hat nach heutigem Völkerrechte gegen die Regierung andrer Staaten keinen Anspruch darauf, in der Erhaltung des örtlichen Umfanges ihrer Macht gegen Angriffe dritter geschützt zu werden. Sie hat nur das Recht, denjenigen Staat, der ihren Feind unterstützt, der sich also nicht mehr völlig passiv verhält, ebenfalls als Feind zu behandeln. Diese Befugnis, sich jedes Urtheiles darüber, welche der streitenden Parteien im Rechte sei, zu enthalten, kommt einem Staate aber auch im Verhältnisse zu den Faktionen zu, die in einem Bürgerkriege einander gegenüber stehen. Der Umstand, daß eine dieser Faktionen sich an jene Regierung anschließt, mit welcher der betreffende auswärtige Staat von früher her in einem völkerrechtlichen Verhältnisse steht, während die andre sich nach dem inneren Staatsrechte dieses Landes als eine revolutionäre Macht oder als die Regierung eines Präntendenten bez. Usurpators darstellt, kann nicht entscheidend sein; denn eine ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung einer Regierung zu einer Zeit verpflichtet die anerkennende Regierung nicht dazu, alle späteren Maßregeln derselben für gerecht zu halten. Eine völkerrechtliche Verpflichtung der Staaten, Individuen, die an einem Bürgerkriege in einem andern Staate sich beteiligten, wegen dieser Beteiligung selbst oder wegen



der im Verlaufe desselben von ihnen individuell verübten Gewaltthaten zu bestrafen, kann um so weniger angenommen werden, als es jedem Staate zusteht, die Aufständischen als kriegsführende Macht zu behandeln, wie dies England und Frankreich gegenüber den amerikanischen Südstaaten gethan haben.

Betrachten wir die gegenwärtige Frage aber aus dem Gesichtspunkte des Strafrechtes, so fällt, was den Charakter der hochverrathähnlichen Angriffe gegen fremde Staaten betrifft, zunächst eines auf. Die Thatbestandsmerkmale der sogenannten politischen Delikte sind fast durchaus nur in formaler Beziehung bezeichnet. Wie der Hochverrat, abgesehen von dem später zu besprechenden Falle direkten Angriffes gegen die Souveräne, in dem Bestreben, die Verfassung eines Staates umzustürzen oder den Territorialbestand desselben zu schmälern besteht, so sind auch die übrigen politischen Delikte, was das Angriffsobjekt derselben betrifft, in ähnlicher blankettartiger Weise bezeichnet. Dieselbe Formel des Strafgesetzes bedeutet also nach Verschiedenheit der von ihr geschützten Staatsverfassung verschiedenes. Instruktiv ist z. B. in dieser Beziehung die Geschichte des Art. 87. Code pénal. Weit wichtiger als die Modifikationen, welche der Wortlaut desselben seit 1810 erfahren hat, sind die Modifikationen, welche sein Inhalt dadurch erfuhr, daß unter der Regierungsform, gegen welche er einen Angriff für strafbar erklärt, zuerst die des ersten Kaisertums, dann die der Restauration von 1813, dann die der hundert Tage, dann die der Restauration von 1815, später die des Bürgerkönigtums, und nach diesem jene der Republik von 1848, und wiederum im Wechsel der Geschichte die des zweiten Kaisertums und der dritten Republik in ihren verschiedenen Verfassungsstadien zu verstehen war. Wenn schon in demselben Staate Wesen und Inhalt des politischen Verbrechens in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraume so mannigfachen Wandlungen unterworfen ist, während nur die äußere Form desselben: Angriff gegen das zur Zeit Bestehende unverändert bleibt, so gilt dies in noch höherem Maße von politischen Verbrechen in verschiedenen Staaten. Der Gesetzgeber, der eine Strafdrohung gegen Angriffe auf die Verfassung fremder Staaten statuiert, stellt damit ein Blankett aus, dessen Ausfüllung er dem fremden Staate überläßt. Was immer dieser als seine Verfassung will oder erträgt, wird von uns geschützt. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des im Inlande und des im Auslande geltenden öffentlichen Rechtes mag es in Deutschland ein Ver-

brechen sein, das bewirken zu wollen, was in England oder in Belgien verhindern zu wollen, Verbrechen wäre und ebenso umgekehrt. Ein Gesetzgeber, der die Verfassung aller Staaten — ich spreche nur von „zivilisierten“ Staaten — unter die schützenden Fittiche seines Strafgesetzes aufnimmt, beschützt damit, er weiß nicht was, und verpflichtet sich, er weiß nicht was, zu bestrafen.

Das Moment, welches allen solchen in ihren Zielen widersprechenden Bestrebungen gemeinsam ist und welches eben durch diese Gemeinsamkeit bewirkt, daß diese, entgegengesetzte Erfolge anstrebenden Thätigkeiten juristisch als solche von derselben Art, z. B. als Hochverrat aufgefaßt werden, besteht nur darin, daß sie alle auf eine gewaltsame Veränderung jener zu der betreffenden Zeit an dem betreffenden Orte bestehenden Zustände, welche man als die Verfassung des Staates bezeichnet, angelegt sind.

Der Umstand, daß die staatsrechtlichen Institutionen eines fremden Staates von den unsrigen in wesentlichen Beziehungen verschieden sind, ist selbstverständlich in gar keiner Weise ein Grund dafür, unsere Einrichtungen zu ändern. Und ebensowenig werden unsre Einrichtungen den Nachbarstaat veranlassen, seine Institutionen zu ändern oder die Stützen abzubrechen, mittels welcher er dieselben früher aufrecht zu erhalten suchte. Eine andre Frage aber ist es, ob ein Staat, der eine bestimmte Institution nicht kennt, Veranlassung habe, dieselbe in jenen Staaten, in welchen sie besteht, auch durch seine Gesetze stützen zu helfen; ob also ein Staat, welcher absolut regiert wird, Angriffe gegen das parlamentarische Regiment in einem Nachbarstaate zu bestrafen Anlaß habe, oder umgekehrt; ob ein Staat, in welchem das sog. allgemeine Wahlrecht besteht, Angriffe auf das beschränkte Wahlsystem eines andern Staates, oder einer, in welchem das Einkammersystem herrscht, Angriffe auf das Zweikammersystem eines Nachbarstaates bestrafen solle u. s. w. Wenn auch ein derartiges Unternehmen von dem, was nach unsrem Rechte Hochverrat ist, in dem Zielpunkte der Bestrebung noch so wesentlich sich unterscheiden mag, so trägt dasselbe doch auch zwei Merkmale unsres Hochverratsbegriffes in sich, nämlich einerseits das Streben, einzelnen Personen Gewalten, welche sie bisher zu Recht besaßen, ohne ihre Einwilligung zu entziehen und andererseits die Gefährdung der für die gedeihliche Thätigkeit aller erforderlichen Ordnung durch die gewaltsame Auflehnung gegen den bisherigen Zustand. Daran, daß die nach der bisherigen Verfassung des fremden Staates gewissen Angehörigen desselben zustehenden Rechte weder

in ihrem Inhalte noch in ihrer Erstreckung über ein bestimmtes Gebiet und über die dieses bewohnenden Personen beschränkt werden, hat unser Staat (abgesehen von dem noch zu besprechenden Falle besonderer, innigerer Beziehungen der beiden Staaten zu einander) kein in allen Wechselfällen der auswärtigen Politik gleichmäßig fortwährendes unmittelbares Interesse. Es mag sein, daß eine Änderung in der Verteilung der Gewalten heute seinen Interessen widerstreitet und über ein Jahr ihnen entspricht. Ein Anlaß, die bestehende Verteilung der Gewalten in einem auswärtigen Staate mit Straffanktionen auch von unsrer Seite stützen zu wollen, ebenso wie wir uns verpflichtet fühlen, die in einem fremden Staate bestehende Verteilung der durch das Privatrecht normierten Gewalten zu schützen, liegt also nicht vor. Hierdurch unterscheidet sich daher die für unsern Staat gebotene Auffassung der politischen Rechte der Ausländer von der der Privatrechte derselben ganz wesentlich.

Was die letzteren betrifft, so sind auswärtige Staaten nicht bloß an ihrem Schutze gegen Verletzungen im einzelnen Falle interessiert, sondern auch daran, daß die betreffenden Interessen der einzelnen als Rechte anerkannt werden, also daran, daß jedem Menschen das Recht zu leben und das, was wir heute als die allgemeinen Menschenrechte und als die Rechte der individuellen Freiheit bezeichnen, zuerkannt werde. So sind alle zivilisierten Staaten an der Nichtanerkennung der Sklaverei als eines Rechtsinstitutes interessiert und haben dieses Interesse wiederholt bethätigt. Gleichmäßig sind sie an der Anerkennung des Privateigentums und des Erbrechtes interessiert. Ebenso wie sie diejenigen als gemeine Feinde der Menschheit behandeln, welche den Grundsatz der Freiheit aller Menschen ohne Unterschied ihrer Rasse verleugnen, können sie auch in die Lage kommen, diejenigen als gemeine Feinde des heutigen Kulturzustandes der Menschheit zu behandeln, welche es unternehmen, die Institute des Privateigentums und des Erbrechtes gewalttätig zu beseitigen. Das „Rechtsgut“, welches durch die auf gewaltsame Beseitigung dieser Institute gerichtete Agitation bedroht und durch eine gegen diese Agitation erlassene Straffanktion geschützt werden soll, ist dasselbe, welches auch durch die Vermögensdelikte bedroht wird und durch die Straffanktionen gegen dieselben geschützt werden soll. Der Konstruktions eines selbständigen internationalen Rechtsgutes der Anerkennung des Privateigentums bedarf es nicht; das Privateigentum selbst ist vielmehr das durch solche Gesetze geschützte

Rechtsgut. Da aber die Rechte aller Staaten das Privateigentum ebenso wie das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Ehre innerhalb gewisser Schranken schützen, ist dasselbe ebenso wie diese Güter ein alle Staaten gemeinsam interessierendes, ein internationales Rechtsgut. Ein Gesetzgeber mag sich nun für genötigt erachten, Angriffe auf die genannten Rechtsinstitute, wenn sie auch nur gegen deren Bestand im Auslande gerichtet sind, zu bestrafen, so etwa die Drucklegung von solchen zur sozialen Revolution aufreizenden Schriften, welche nur zur Verbreitung im Auslande bestimmt und geeignet sind. Ob er dazu nach dem gegenwärtigen Stande der sozialistischen Agitation Anlaß habe, ist eine Frage, die hier nicht beantwortet werden kann. Unsere Aufgabe war es nur, die rechtliche Natur des betreffenden eventuellen Delictes und der wider dasselbe erlassenen Straffanktion zu ermitteln.

Bei der heutigen Entwicklung des internationalen Verkehrs sind die Angehörigen eines jeden Staates in vielfachen Beziehungen an der Erhaltung der Ordnung auch in fremden Staaten beteiligt. In wie vielen Fällen sind nicht Bürger eines Staates an den Staatsfinanzen und an dem Nationalwohlstande eines andern aufs lebhafteste interessiert; wie viele unsrer Bürger befinden sich nicht dauernd oder vorübergehend im Auslande, haben daselbst bewegliche oder unbewegliche Güter, stehen in den mannigfachsten geschäftlichen Beziehungen zum Auslande! Heinze hat mit vollem Rechte gesagt, wenn es ein gemeingefährliches Verbrechen gibt, so ist dies der verbrecherische Angriff auf Existenz und Integrität (und wir können wohl in seinem Sinne hinzufügen: auf die Verfassung) des Staates (Goltzdammer's Archiv f. preußisches Strafrecht. XVII. S. 746). Ein gemeingefährliches Verbrechen, d. h. ein Verbrechen, mit dessen Thatbestand das schrankenlose Umsichgreifen des betreffenden Schadens als eine mögliche, nicht als eine notwendige Folge verknüpft ist. Wie der Brandstifter nur das Haus seines Feindes einäschern will und dabei eine ganze Stadt in Gefahr bringt, so gefährdet der Hochverräter, der etwa die Thronfolge in einem bestimmten Staate ändern oder den König zwingen will, auf die eine oder die andre seiner bisherigen Prärogative zum Vortheile eines Parlamentes zu verzichten, durch sein Unternehmen die Sicherheit von Leben, Gesundheit und Vermögen derjenigen, die in einem daraus erwachsenden Bürgerkriege zu Grunde gehen mögen. Der mögliche und auch vorhersehbare Erfolg eines Hochverrates geht also oft weit über die Ab-

sicht seines Urhebers hinaus. Je nachdem man den Hochverrat nach jenen Erfolgen beurteilt, welche sein Urheber bezweckt oder nach jenen, welche er nicht bezweckt, welche er lieber vermeiden möchte, die er aber dennoch mit oder ohne Voraussicht, jedenfalls gegen seinen Wunsch herbeiführt<sup>1)</sup>, wird die Beurteilung desselben vom Standpunkte eines auswärtigen Staates ganz verschieden ausfallen. An der Aufrechterhaltung jener Rechte einzelner, welche der Hochverräter zerstören will, hat zwar ein fremder Staat, wie wir gesehen haben, kein in allen Wechselfällen der inneren und äußeren Politik gleichmäßig bestehendes Interesse, und er kann daher Angriffe auf diese Rechte als solche nicht unter Strafdrohung stellen, da er sonst möglicherweise seine eignen Interessen, die der Erhaltung dieses Rechtes im Auslande widerstreiten mögen, schädigen würde. Wohl aber hat jeder Staat an der Erhaltung des Friedens, der Ruhe und der Ordnung aller andern Staaten, mit welchen seine Angehörigen in geschäftlichem Verkehre stehen oder in welchen sich einzelne seiner Angehörigen befinden, ein eminentes Interesse. Als gemeingefährliches Verbrechen betrachtet, schädigt also der Hochverrat gegen einen Staat auch die andern. Sofern er also wirklich gemeingefährlich ist, sind auch fremde Staaten berufen, ihn zu bekämpfen. Indem sie dies thun, fassen sie ihn aber der Hauptsache nach als ein fulploses Delikt gegen ökonomische Interessen ihrer Angehörigen auf.

Noch ein andres Moment aber ist geeignet, den Gesetzgeber zur Aufstellung einer Strafdrohung wider den Hochverrat gegen befreundete Staaten zu bestimmen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Regierung des einen Staates nicht unmittelbar mit der Bevölkerung des andern in Beziehungen steht, sondern daß diese Beziehungen durch die Regierung des letzteren vermittelt sind. Es wird daher einleuchten, daß die Regierung unseres Staates gegenüber jenen Staaten, mit welchen sie in einem näheren Verkehre steht, ein je nach der Ausdehnung dieses Verkehrs größeres oder geringeres Maß von Interesse an der Erhaltung guter Beziehungen zu der Regierung der letzteren habe. Zur Erhaltung dieser guten Beziehungen wird wesentlich die Unterstützung derselben in der Behauptung ihrer Rechte beitragen. So weit unser Staat in der Lage ist, in Fällen, in welchen der andre

<sup>1)</sup> Würde er auch diese Erfolge begehren, so würde in seiner That mit dem Hochverrate Mord, Brandstiftung, Raub oder ein sonstiges gemeines Verbrechen realiter oder idealiter konfurrieren.

selbst dies nicht vermag, die bestehende Machtverteilung in dem letzteren gegen formell rechtswidrige Angriffe zu schützen, soweit wird es daher im Interesse der Erhaltung des zum Vorteile unserer Staatsbürger notwendigen guten Einvernehmens mit dessen Regierung gelegen sein, ihr diesen Schutz zu gewähren. Es ist eine nur aus Parteigeist erklärliche Behauptung, daß „politische Verbrechen“ überhaupt keine Verbrechen, sondern stets und lediglich Akte der Notwehr gegen Gewalt seien, oder daß solche Delikte erst in einem phantastischen demokratischen Zukunftsstaate Verbrechen sein werden (Mailfer, citiert bei Fiore, *Traité de droit pénal international*, traduit par Ch. Antoine, p. 586); es ist aber ebenso unrichtig, daß dieselben einer besonderen, von der der übrigen Delikte verschiedenen Beurteilung niemals bedürftig seien (Dollmann, in Bluntschli u. Brater's Staatswörterbuch verbo „Auslieferung“). Vielmehr ergibt es sich aus dem Wesen des politischen Deliktes, daß es, da seine Begriffsmerkmale nur von äußeren Momenten hergenommen sind, für die Auffassung eines andern als des unmittelbar angegriffenen Staates wegen seiner in den einzelnen Fällen sehr verschiedenen inneren Struktur, d. h. wegen der Verschiedenheit desjenigen Rechtes, gegen welches es sich richtet, unfähig ist, in allen Fällen gleichmäßig mit Strafe bedroht zu werden. Ist aber eine Bestrafung desselben nicht in allen Fällen und nicht unter allen Voraussetzungen möglich, ohne wichtige Interessen des Inlandes zu verletzen, so ist es ein Gebot der Staatsklugheit, eine Strafandrohung gegen dasselbe für die Regel überhaupt abzulehnen, damit nicht die Verweigerung der Verfolgung in einem konkreten Falle als Feindseligkeit gegen den betreffenden auswärtigen Staat erscheine. Es bleibt daher nur eine ausnahmsweise Strafandrohung für jene Angriffe möglich, in Rücksicht auf welche das Interesse des Inlandes aller Voraussicht nach niemals Straflosigkeit erfordern wird.

Mehr als auf irgend einem andern Gebiete muß hier vor kurzschichtiger Politik gewarnt werden. Erhaltung des bestehenden Zustandes ist nicht unter allen Umständen zu wünschen. Die Zustände, wie sie bestehen, mögen schädliche sein und es mögen ihre schädlichen Wirkungen auch den Bürgern eines fremden Staates fühlbar werden. Reform derselben mag, selbst wenn sie um den Preis vorübergehender Unruhen erkauft wird, wohlthätig sein. Revolutionen und Reaktionen gehören beide unter Umständen zu jenen Ereignissen, welche der vorurteilsfreie Beobachter zu den größten Wohlthaten für die Ent-



wicklung eines Volkes rechnet. Man versuche es nur einmal, aus der Geschichte irgend eines Volkes alle gelungenen und auch alle mißlungenen politischen Delikte, mögen sie von der Regierung selbst oder von einer Opposition gegen sie ausgegangen sein, hinwegzudenken und man wird sofort inne werden, daß man damit unzählige ursächliche Faktoren derjenigen Zustände hinweggedacht hätte, welche wir in den heutigen Verhältnissen des betreffenden Staates als die wichtigsten und vielleicht wertvollsten erkennen.

Sene vorurteilsfreie Auffassung, welche an Ort und Stelle in dem einen Falle den Regierenden, in dem andern Falle den Regierten versagt ist, ermöglicht mitunter wie die zeitliche, so auch die örtliche Entfernung. Sie mag, wie sie dem später lebenden Geschichtschreiber möglich ist, auch dem zeitgenössischen Lenker der Geschichte eines andern Staates zugänglich sein. Deshalb darf dieser nicht durch ein Gesetz gebunden sein, eine Entwicklung, welche er mit weitschauendem Blicke für eine segensreiche hält, unterdrücken zu helfen. Charakteristisches Merkmal politischer Delikte ist es, daß bei ihnen, als historischen Aktionen, die Reihe jener Wirkungen der deliktuellen That, welche, will man diese auch nur annähernd richtig beurteilen, nicht ignoriert werden dürfen, nicht wie bei Delikten aus Privatmotiven an einem der Thätigkeit zeitlich nahe liegenden Punkte abgeschlossen werden darf. Bei Thaten, welche um eines politischen Zweckes willen unternommen worden, reicht die Perspektive in die Zukunft unendlich weiter als bei solchen zur Förderung von Privatinteressen. Denjenigen freilich, welche unmittelbar von der politischen Gewaltthat betroffen werden, fehlt die Ruhe zu objektiver, historischer Betrachtung derselben. Und das ist auch recht und gut. Denn sonst würden Neuerungen ihre Existenzberechtigung nicht an einem ihnen geleisteten Widerstande zu erproben haben und die Entwicklung der Geschichte der Völker würde noch häufiger als dies ohnehin der Fall ist, durch Experimente unfähiger Weltbeglücker gestört.

Umgekehrt soll aber auch nicht jedes Streben nach einer, wenn auch gewaltsamen Änderung bestehender Verhältnisse durch die Intervention der konzentrierten an allen andern Orten waltenden Macht erstickt werden. Wie das Prinzip der Nichtintervention die Unterstützung der nach einer Änderung des bestehenden Zustandes strebenden Partei verbietet, so untersagt es, wenn man es auf's strengste interpretiert, auch die Unterstützung der nach Erhaltung desselben strebenden Partei. In strenger Konsequenz desselben wäre es daher nicht statthaft, daß

ein Staat die Regierung eines andern in ihrem Widerstande gegen gewaltsame Angriffe von Seiten ihrer Unterthanen unterstütze.<sup>2)</sup> Daß diese Konsequenz mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit solcher Bestrebungen den Interessen der auswärtigen Staaten nicht immer entsprechen würde, ist oben gezeigt worden.

Wir werden daher die Grenze ermitteln müssen, welche diejenigen Fälle, die vom Prinzipie der Nichtintervention beherrscht werden, von jenen scheidet, für die das Interesse an der Erhaltung der Sicherheit des Weltverkehrs das maßgebende ist. Diese Grenze in abstracto zu ziehen, ist nicht schwer. Differenzmerkmal der beiden Gruppen von Fällen ist es, ob für unseren Staat durch jene Unternehmung, um deren Bedrohung mit Strafe es sich handelt, wirklich eine Störung jenes Verkehrs entstehen kann, an dem er interessiert ist, und ferner, ob die Bedrohung derselben mit Strafe eben durch unsere Gesetzgebung erfolgen muß, weil sie durch die Gesetzgebung des auswärtigen Staates voraussehbarer Weise nicht wirksam erfolgen kann. Aus dem letzteren Umstande folgt, daß es nur insoweit eine Pflicht der Staaten sein kann, politische Delikte gegen fremde Staaten mit Strafe zu bedrohen, als der durch dieses Delikt angegriffene Staat eben durch Existenz und Souveränität des andern an der Repression dieses Angriffes mittels seiner eignen Gerichte gehindert wird. Es ist dies der Fall bei direkten Angriffen, die von unserem Staatsgebiete aus gegen die fremde Regierung erfolgen. Was solche Angriffe betrifft, so ist es nämlich nur die Achtung vor der Souveränität unseres Staates, welche die Regierung des auswärtigen abhält, den Urheber dieses Angriffes auf unserem Gebiete zum Zwecke der Bestrafung durch seine Behörden ergreifen zu lassen. Verlangen wir nun eine solche Respektierung unseres Staatsgebietes von seiten der fremden Regierung, so müssen wir auch bereit sein, selbst denjenigen zu bestrafen, der gegen dieselbe von unserm Gebiete aus Krieg führt.

Eine solche Strafandrohung wird aber nur wider direkte Angriffe gegen Staatsform, Verfassung und Territorialbestand des fremden Staates, nicht auch wider Unternehmungen, welche solche Angriffe nur von weitem her einleiten sollen, zugestanden werden können. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Staaten nicht immer im Frieden mit einander leben und daß die Reime eines Krieges oft unter der trüge-

<sup>2)</sup> Reate's Entwurf eines Berichtes im Report from the Select committee on extradition. London 1868. p. VIII.

rijschen Oberfläche jahrelangen Friedens wuchern. Jede europäische Großmacht hat irgendwo an ihren Grenzen Expansionsbestrebungen. Jahrzehnte, Jahrhunderte lang hat sie ihr Augenmerk auf den Erwerb eines Nachbarstaates oder eines Teiles desselben gerichtet; sie besitzt wohl in diesen Gebieten auch mehr oder minder zahlreiche und mächtige Anhänger, deren hochverräterische Bestrebungen sie unter Umständen wird desavouieren müssen, die sie aber nicht ernstlich wird bekämpfen wollen. Sind solche Bestrebungen zu offenen hochverräterischen Unternehmungen erwachsen, so wird jener auswärtige Staat, in dessen Interesse, wenn auch vielleicht ohne dessen Auftrag dieselben erfolgen, je nachdem er die Gelegenheit zur Verwirklichung seiner Pläne für geeignet hält, sich der „Unterdrückten“ unter dem Prätexte der Nationalität oder Humanität oder unter der Fahne eines andern Schlagwortes annehmen und im Kriege sein Ziel zu erreichen suchen, oder er wird im entgegengesetzten Falle den „Verdacht der Übereinstimmung mit den Bestrebungen jener Verbrecher“ mit diplomatischer Entrüstung zurückweisen und dieser Entrüstung dadurch Nachdruck verleihen, daß er die von seinem Gebiete ausgehende Unterstützung solcher Bestrebungen bestraft. Sind diese Tendenzen aber noch nicht reif, sondern erst im Wachsen und Werden, so würde es seinen Interessen äußerst nachteilig sein, wenn er durch seine eignen Gesetze verpflichtet wäre, ihrer Entwicklung hindernd entgegen zu treten. Er würde daher wahrscheinlich sich in einem solchen Falle durch seine Gesetze nicht hemmen lassen. Deshalb ist es besser, von Gesetzen abzusehen, welche nur Anlaß zu diplomatischen Klagen über ihre Nichtbeachtung geben können. „Mit juristischen Theorien läßt sich auswärtige Politik nicht treiben“ (Fürst Bismarck im deutschen Reichstage am 3. Dezember 1875 in der Debatte über § 353. a St.G.B.); daher darf das Strafgesetz es nicht versuchen, die Leitung der auswärtigen Politik hemmen zu wollen. Es würde in diesem Versuche den Kürzeren ziehen und an seiner Autorität schwere Einbuße leiden. Man wird dieser Auffassung, wenn man nicht etwa eben selbst nach ihr handelt, vielleicht den Vorwurf des Machiavellismus machen und sie damit widerlegt zu haben glauben. Ist aber auswärtige Politik mit Erfolg jemals anders als in solcher Weise betrieben worden, daß man ihr in rhetorischer Steigerung wohl Machiavellismus vorwerfen konnte?

Zu dem übereinstimmenden Resultate gelangen wir aber auch, wenn wir uns dem ersten der oben S. 387 aufgestellten Kriterien

zumenden. Während nach der Praxis aller Staaten eine gegen die Verfassung und den Territorialbestand des Inlandes gerichtete Unternehmung schon in ihren ersten Anfängen strafbar ist, so daß viele Unternehmungen als politische Delikte bestraft werden, bei denen es sehr zweifelhaft ist, ob sie irgend einen erheblichen Erfolg hätten haben können, sollte ein hochverrätherischer Angriff gegen fremde Staaten nur dann bestraft werden, wenn er schon in ein wirklich gefährliches, der Vollendung nahes Stadium getreten ist. Denn für die Auffassung des fremden Staates kommt ein solches Unternehmen nicht als ein Angriff gegen Rechte in Betracht, welche für den Gesetzgeber mit einem Schimmer göttlicher Weihe verklärt sind, sondern, wie oben gezeigt, als ein Verbrechen gegen Interessen von vorwiegend ökonomischer Art. Es fehlt daher an jedem Anlasse, dasselbe anders zu behandeln, denn andre Verbrechen gegen ökonomische und sonstige Privatinteressen, namentlich fehlt es an jedem Anlasse, die strafrechtliche Verantwortlichkeit dessen, der mit einem solchen Unternehmen befaßt ist, in einem früheren Momente beginnen zu lassen, als dies hinsichtlich der übrigen Verbrechen der Fall ist, an jedem Grunde, vorbereitende, einen Anfang der Ausführung noch nicht enthaltende Handlungen für strafbar zu erklären oder den Kreis jener Personen, welche wegen Theilnehmung oder Begünstigung bestraft werden, weiter zu ziehen als bei andern Delikten. Die oft behauptete Analogie zwischen einem solchen Verhalten gegen einen fremden Staat und einem ähnlichen gegen das Inland trifft nämlich in Wahrheit nicht zu. Ein Gesetzgeber, der nicht von der Überzeugung ausginge, die Verfassung, wie er sie für seinen Staat geordnet hat, sei diejenige, welche dessen gegenwärtigen Verhältnissen am besten entspreche und enthalte auch die geeignetsten Mittel ihrer eignen Fortentwicklung; ein Gesetzgeber, der irgend eine Bestrebung, welche auf gewaltsame Änderung der von ihm selbst geschaffenen oder als eine überkommene gebilligten Verfassung abzielt, nicht für ein Unternehmen von äußerster Schädlichkeit, welches mit strenger Gewalt soviel als möglich hintangehalten werden müsse, ansehen würde, würde dadurch selbst seine Thätigkeit als eine heuchlerische Tyrannei, welche unter dem Scheine, für das allgemeine Wohl zu sorgen, nur auf seinen eignen Vorteil Bedacht nähme, anerkennen. Folge dieser Überzeugung des Gesetzgebers von den relativen Vorzügen der von ihm gegebenen oder aufrechterhaltenen Verfassung ist die Behandlung des Hochverrates als eines *crimen exceptum*, dessen Thatbestand weit über den Thatbestand

der Privatdelikte hinausreicht und nach dem Rechte aller Staaten zahlreiche Thätigkeiten miteinschließt, die, wenn sie zur Verwirklichung eines andern Deliktserfolges unternommen wären, nicht als strafbar gelten würden. Unendlich freier und unbefangener aber ist die Stellung unseres Gesetzgebers gegenüber der Verfassung eines auswärtigen Staates. Die Mängel dieser mögen ihm offenbar sein, und er darf, ohne seine eigne Autorität zu zerstören, so handeln, daß seine Erkenntnis dieser Mängel ersichtlich ist. Er ist daher nicht in die Notwendigkeit versetzt, jede Bestrebung, welche darauf abzielt, das Vertrauen in diese Institutionen zu erschüttern, Abneigung gegen sie und Lust nach ihrem Umsturze zu erregen, alle Vereinigungen und Äußerungen, welche diese Zwecke verfolgen, sofort, wenn er nicht die notwendige Autorität der Gesetze erschüttern lassen will, mit Strafe zu bedrohen. Wenn es sich um Angriffe auf Existenz und Existenzform eines fremden Staates handelt, mag er also seine Strafgerichtsbarkeit nur dann einschreiten lassen, wenn diese Angriffe bereits eine konkrete Gestalt erhalten haben und ihre Ausführung unmittelbar bevorsteht.

Die durch politische Delikte bedrohten Ausländer müssen sich mit diesem Maße des Schutzes von seiten unsres Staates umsomehr begnügen, als ihnen ihr eigener Heimatstaat in Bezug auf Rechte von der Art, wie jene, als deren Verletzung bzw. Gefährdung sich politische Delikte für einen fremden Staat darstellen, einen weitergehenden Schutz ebenfalls nicht gewährt und als sie nicht leugnen können, daß die Verteilung der politischen Gewalten in dem bei ihnen bestehenden Umfange aufrechtzuerhalten, ihre eigne, nicht aber unsre Sache ist.

Die Regierung eines Staates kann von der eines andern für die ihr zustehenden politischen Rechte keinen stärkeren Schutz verlangen, als sie selbst wieder Angriffe gegen Leben, Freiheit, Ehre und Vermögen ihren Bürgern gewährt; mit andern Worten, sie kann nicht verlangen, daß Angriffe gegen politische Rechte ihrer Bürger von fremden Staaten als *crimina excepta* behandelt werden. Dieser fremde Staat aber hat auch kein selbständiges eignes Interesse, dies zu thun. Aus den oben gegebenen Andeutungen erhellt vielmehr, daß er dadurch unter Umständen seine eigne Politik stören, seine eignen Interessen gefährden würde. Aber nicht bloß als Vorbereitungs-handlungen zum Hochverrat sollen solche Thaten nicht verfolgt werden. Sie sollen auch nicht als Sonderdelikte bestraft werden. Namentlich neuere Gesetze haben nach dem Vorbilde des französischen Rechtes

eine ganze Reihe von Vorbereitungshandlungen schon an und für sich, abstrahierend von dem zum Hochverrate erforderlichen animus hostilis für strafbar erklärt: so die Bildung bewaffneter Scharen, die Beteiligung an geheimen Gesellschaften oder Verbindungen, die Auforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze, gegen Verordnungen und Anordnungen, die Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen Stände, Nationalitäten und Konfessionen, die in der Absicht, um Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Behörden verächtlich zu machen, erfolgende Behauptung erdichteter oder entstellter Thatfachen, u. dgl. Eine That, welche deshalb, weil sie gegen einen fremden Staat gerichtet ist, nicht als Vorbereitung eines Hochverrates bestraft werden soll, darf eben deshalb auch nicht als eines dieser aus dem Thatbestande des Hochverrates abgesonderten Delikte verfolgt werden. Hingegen sind dergleichen im Inlande verübte Angriffe gegen fremde Staaten immer strafbar, insoferne als sie in idealer oder realer Konkurrenz gleichzeitig den Thatbestand eines Deliktes wider andre Rechte von Ausländern, also z. B. den Thatbestand eines Verbrechens gegen Leben, Gesundheit, Freiheit, Ehre, Familienstand, Vermögen derselben enthalten. Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß in diesem Falle der politische Zweck den Verbrechenscharakter des „*délit mixte*“ nicht tilgt.

Ziehen wir die Summe aus dem bisher entwickelten Konflikte von Betrachtungen, so kommen wir zu dem zweifachen Ergebnisse, daß einerseits die einzelnen Staaten Angriffe gegen die Verfassung und den Territorialbestand andrer Staaten unter jenen Voraussetzungen, unter welchen sie die Verfolgung wegen Delikten gegen Privatrechte gestatten und anordnen, mit Strafe bedrohen können, ohne hierdurch ihre eignen Interessen in erheblicher Weise zu schädigen, und daß andererseits die Bedrohung solcher Angriffe unter den gedachten Voraussetzungen durch den Wert guter Beziehungen zu den Regierungen der fremden Staaten und durch das Interesse an der Erhaltung des Friedens und der Ordnung im Auslande geboten sei. Es empfiehlt sich daher, ein Strafgesetz zu erlassen gegen jeden auf unserem Staatsgebiete verübten unmittelbaren, gewaltsamen Angriff gegen Verfassung und Territorialbestand fremder Staaten und gegen Anstiftung und Beihilfe zu einem solchen unmittelbaren Angriffe. Nach diesem Gesetze würde also z. B. derjenige strafbar sein, welcher, wie dies während der polnischen Insurrektion von 1863 vorgekommen ist, russische Unterthanen, die zu einem Jahrmärkte über die preußische Grenze herübergekommen sind,



in Preußen auffordert, sich zu bewaffnen und sofort und insgesamt bewaffnet in ihre Heimat zurückzukehren, um dort sich den Insurgenten anzuschließen. Nicht strafbar aber wäre in kraft der vorgeschlagenen Bestimmung der Waffenfabrikant, der die Offerte einer großen Waffenlieferung annimmt und ausführt, obwohl er weiß, daß diese Waffen für eine im Auslande vorbereitete Rebellion, z. B. für einen neuen Aufstand irischer Fenier bestimmt sind; denn Beihilfe zur Vorbereitung hochverrätherischer Unternehmungen gegen das Ausland wäre nicht strafbar. Ebenso wäre nicht strafbar, wer für einen bevorstehenden Aufstand im Auslande Geld sammelt oder Freischaaren anwirbt. Es stimmt dies auch völlig mit der Praxis der europäischen Staaten überein. Man denke nur an die Unterstützung des griechischen Aufstandes, des Sonderbundes, der Karlisten u. s. f., um von Mexiko und der Konföderation der Südstaaten Nordamerikas nicht zu sprechen. Daß die „Haß- und Verachtungsparagraphen“ des inländischen Strafgesetzes bloß die Erregung feindseliger Gefinnungen gegen die heimischen Institutionen zu ahnden berufen seien, ist allgemein anerkannt. Zwar sind, wie dies niemand schärfer als Cavour in seiner berühmten Rede vom 5. Februar 1852 im cisalpinischen Parlamente (wiederabgedruckt bei Pincherle, *La legge e la stampa*, p. 599 ff.) hervorgehoben hat, in aller Regel die Diskussionen ausländischer Zustände in der inländischen Tagespresse noch befangener, kenntnis- und verständnisloser als die der inländischen Begebenheiten, und eine Unterdrückung solcher Diskussionen wäre daher in den meisten Fällen ein leicht zu verschmerzender Verlust. Aber es gibt Ausnahmen. Vor allem aber wäre ein gerichtliches Verfahren über solche Anklagen unmöglich. Auch dem Gerichte würden die erforderlichen Kenntnisse fehlen. Die Plaidoyers würden die Leidenschaften erst recht erregen. Das Urtheil würde unseren Staat den Antipathieen entweder der Regierungs- oder der Oppositionspartei des betreffenden fremden Staates aussetzen. Darum ist, sofern es sich um das Delikt der Schaffung bloß psychischer Voraussetzungen für eine Umwälzung in einem fremden Staate handelt, Nichtintervention das einzig mögliche Verhalten.

Die Überzeugung dürfte begründet sein, daß für die Anerkennung eines in den eben bezeichneten Grenzen beschlossenen Deliktes gegen befreundete Staaten die internationale Übereinstimmung sich nicht allzuschwer finden würde. Gewiß aber ist es für alle Staaten vorteilhafter, einen solchen allerdings weniger weit reichenden Schutz

ihrer Institutionen von allen übrigen Staaten zu genießen, als von Seite eines oder zweier Staaten eines ausgedehnteren Schutzes teilhaft zu sein, dafür aber von Seite aller übrigen jedes Schutzes zu entbehren, wie dies der gegenwärtige Zustand der Dinge mit sich bringt.

Ist eine hochverräterische Bewegung im Auslande wirklich ausgebrochen, so entspricht es nach dem Gesagten allerdings den Anforderungen des internationalen Rechtes, daß wir jede Unterstützung derselben durch vom Gebiete unseres Staates ausgehende Handlungen mit Strafe bedrohen, wenn auch diese Handlungen sich nur als Vorbereitungen einzelner hochverräterischer Angriffe oder als Beihilfe zu solchen vorbereitenden Akten darstellen. Gegen welche einzelnen Arten von möglicher Unterstützung der Aufständischen diese Strafandrohungen sich zu richten haben, kann im allgemeinen nicht durch eine ein für allemal feststehende Regel normiert werden, sondern muß der Entscheidung im einzelnen Falle vorbehalten bleiben. Es würde daher als Ergänzung zu der oben gedachten Strafandrohung noch eine solche gegen die Übertretung jener besonderen Verbote hinzutreten müssen, welche unser Staat im Falle von im Auslande ausbrechenden inneren Unruhen nach Analogie der zur Wahrung seiner Neutralität während eines Krieges erlassenen Verbote<sup>3)</sup> zu statuieren sich veranlaßt sehen würde. Und auch hierfür dürfte jener zur wahren Wirksamkeit eines solchen Schutzes erforderliche consensus gentium sich eher finden, als für die Konstruktion eines Deliktes in dem weiten Umfange des § 102 des d.R.St.G.B.; denn bei Befolgung dieses Vorschlages würde unserer Regierung auch die Möglichkeit einer Prüfung der Individualität des einzelnen Falles nach seinen politischen und rechtlichen Momenten nicht verkümmert. Erst nachdem unsere Regierung ein Verbot gegen Waffenlieferungen für die Aufständischen oder gegen Sammlung von Freischaaaren oder von Geldunterstützungen für dieselben erlassen hat, würden diese Thätigkeiten als Zuwiderhandlungen gegen ein solches Verbot ein Delikt konstituieren. Im Verhältnis zum Vergehen des Neutralitätsbruches würde dieses Delikt aber doch einen fundamentalen Unterschied aufweisen. Während nämlich die besonderen Anordnungen zur Wahrung der Neutralität bei einem zwischen zwei auswärtigen Staaten ausgebrochenen Kriege gleichzeitig die Unterstützung beider Staaten verbieten, und die betreffenden Straffunktionen die Unterstützung beider für strafbar erklären, würden

<sup>3)</sup> Vgl. über diese den III. Abschnitt der gegenwärtigen Abhandlung.

die Straffanktionen gegen die Übertretung der wider die Unterstützung eines Aufstandes im Auslande statuierten Verbote nur die Unterstützung der Aufständischen, nicht auch die Unterstützung der angegriffenen Regierung treffen. Erst die Anerkennung der Aufständischen als einer kriegführenden Macht würde diese Verbote nach beiden Seiten hin verbindlich machen.<sup>4)</sup>

Gegen diesen Vorschlag wird man vielleicht die Einwendung erheben, daß er zwar für jenen Fall ausreiche, in welchem ein Aufstand im Auslande bereits ausgebrochen ist, keineswegs aber für den andern, in welchem ein Aufstand im Auslande erst erregt werden soll. Man braucht aber nur zu bedenken, daß, wenn wir von direkter Anstiftung zu einzelnen hochverräterischen Angriffen, welche ja auch nach der hier vertretenen Ansicht (oben S. 391) mit Strafe bedroht werden soll, absehen, die fragliche Handlung nach dem Rechte des angegriffenen Staates zwar unter die Kategorie eines jener viel umfassenden Deliktsthatbestände fallen kann, welche die Gesetzgeber aus der oben besprochenen besonderen Empfindlichkeit gegen alles konstruiert haben, was nur im entferntesten Zusammenhange mit einem gegen ihre eigne Autorität gerichteten Angriffe stehen mag, daß aber eine solche Handlung nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechtes, von welchen unser Gesetzgeber bei Angriffen, die gegen

<sup>4)</sup> Nachdem Lord John Russell am 8. Mai 1864 im House of Commons erklärt hatte, daß die Regierung nach einer Beratung mit den Kronjuristen der Ansicht sei, die südlichen unter den Vereinigten Staaten Amerikas seien als kriegführende Macht anzuerkennen, war es natürlich, daß (schon am 13. Mai) jene so viel angefochtene „Neutralitätserklärung“ erfolgte, durch welche die Verbote und Strafandrohungen des Foreign enlistment act nicht bloß gegen die Unterstützung jener rebellischen Staaten, welche sich die konföderierten Staaten Amerikas nannten, sondern auch gegen die Unterstützung jener unierten Staaten, mit welchen die englische Regierung fortbauern in Frieden zu sein behauptete, in Erinnerung gebracht und für anwendbar erklärt wurden, wie kurze Zeit nachher in ähnlicher Weise auch die französische und spanische Regierung durch ihre Proklamationen vom 9. Juni 1861 und vom 17. Juni 1861 ihre Neutralität dahin definierten, daß sie die Unterstützung beider kriegführenden Parteien gleichmäßig für verboten und strafbar erklärten. (Vgl. die betreffenden Proklamationen in Soetbeer's Neuer Sammlung offizieller Aktenstücke in bezug auf Schifffahrt und Handel in Kriegszeiten II (1862) Nr. 29, 35, 38.) — Über die Einwendungen MacIntosh' gegen die unter den damaligen Verhältnissen nur der spanischen Regierung, nicht aber auch den von ihr bekämpften aufständischen Kolonien in Amerika zugute kommende Foreign enlistment bill von 1819 und über Canzining's Replik auf dieselben vgl. Phillimore, Comment. upon internat. law III p. 213 (1. Auflage.)

politische Rechte von Fremden gerichtet sind, abzugehen keinen Anlaß hat, nicht als die Ursache eines etwa wirklich nachher ausbrechenden Aufstandes angesehen werden kann. Wenn auch eben jene Regierung, gegen welche sie gerichtet sind, Handlungen, die in der Absicht, ein hochverrätherisches Unternehmen vorzubereiten, unternommen worden, ohne Rücksicht darauf, ob sie wirklich gefährlich sind, nicht ignorieren kann oder will, und sie auch dann bestraft, wenn sie weiß, daß sie eine ernstliche Gefahr nicht mit sich bringen, so ist doch ein fremder Staat nicht veranlaßt, in solchen Fällen bloß, ut aliquid fecisse videatur, mit Straffanktionen einzuschreiten. Insbesondere gilt dies von den oft so lächerlichen Emigrantenverschwörungen und den fast stets wirkungslos verhallenden großen Phrasen der Emigrantenlitteratur, deren Charakter niemals treffender gezeichnet worden als von Macaulay im Eingange zum 5. Kapitel seines großen Geschichtswerkes.

Der Staat, gegen welchen dieselbe gerichtet ist, ist selbstverständlich in seinem Rechte, wenn er die Einschmuggelung solcher zur Aufregung der Gemüther und zur Verbreitung regierungsfeindlicher Gesinnung bestimmter Litteratur verbietet und sie unter anderm auch durch Strafandrohungen zu hindern sucht. Für den auswärtigen Staat aber, auf dessen Gebiete diese Litteratur erzeugt wird, ist ein derartiger Versuch, die Stimmung der Bevölkerung eines fremden Staates zu beeinflussen, ein Factum, von welchem es allzu zweifelhaft ist, ob es geeignet sei, denjenigen Erfolg zu bewirken, welchen hindern zu helfen er völkerrechtlich verpflichtet ist. Ganz anders, wenn ein solches Litteraturprodukt etwa zu bestimmten Angriffen gegen einzelne Personen aufreizen würde. Während alles, was sich auf Vortheile und Nachtheile bestimmter Regierungssysteme bezieht, vag, vieldeutig und diskutierbar ist, hätten wir es in diesem, unten ausführlicher zu besprechenden Falle mit einem klar umschriebenen, zweifellos verwerflichen Projekte zu thun.

Selbstverständlich wird auch bei der Frage der Erlassung eines Verbotes der oben besprochenen Art der Gesetzgeber den industriellen und merkantilen Interessen des Inlandes jenen Schutz angebedeihen lassen müssen, welchen Sir W. Vernon Harcourt in der Kommission zur Amendierung des Foreign enlistment act so energisch betont hat und werden Unterstützungen der Insurgenten, welche animo mercatoris, nicht animo hostis erfolgen, von der Strafbarkeit eximiert sein müssen. Es kann daher sehr wohl der Fall eintreten, daß es

für strafbar erklärt wird, Artikel, die als eigentliche oder uneigentliche Kriegskonterbande gelten, unentgeltlich den Insurgenten zu liefern, bezw. für deren Anschaffung Geld zu sammeln, während es nicht strafbar ist, solche Artikel ihnen zu verkaufen.

Vorübergehend mögen übrigens auch Regierungen, welche ähnliche Institutionen gegen über mehrere Staatsgebiete verbreitete Tendenzen verteidigen zu müssen glauben, sich durch diese Gemeinsamkeit der Gefahr zu gemeinsamer Abwehr gegen alle Arten von Angriffen bestimmt finden und eine allgemeine Strafdrohung gegen solche Angriffe statuieren. Es ist aber eine Frage der Politik und nicht eine Frage des Rechtes, ob die Vorteile aus einer solchen Strafdrohung gegen alle, auch entfernte Angriffe auf die staatsrechtlichen Zustände eines auswärtigen Landes die oben dargestellten Nachteile derselben überwiegen. Für die Beantwortung dieser Frage wird es insbesondere ins Gewicht fallen, ob man zu einer bevorstehenden großen Unternehmung des, nur durch Opfer zu erkaufenden Beistandes der Regierung des betreffenden fremden Staates unbedingt bedarf.<sup>5)</sup>

Einen abstrakten Grundsatz über die Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit einer solchen indirekten Intervention in die Angelegenheiten eines fremden Staates aufzustellen, ist ebenso leicht, aber auch ebenso nutzlos, als eine solche Formel für die Zulässigkeit direkter, bewaffneter Intervention zu stilisieren. Die Frage ist nur, auf welche konkreten Fälle die abstrakte Formel angewendet werden soll. So waren auch die Mächte der heiligen Allianz und Großbritannien 1821 über das Prinzip einverstanden; nur über dessen Anwendung vermochten sie sich nicht zu verständigen.<sup>6)</sup>

## II.

Die meisten der heute geltenden Strafgesetze enthalten gegen Angriffe auf den Territorialbestand, die Regierungsform und die Verfassung fremder Staaten keine Strafdrohungen. Nur die Gesetzgebung

<sup>5)</sup> Vgl. z. B. über die Unterstützung der russischen Regierung durch die preussische zur Bewältigung des polnischen Aufstandes von 1863 die Äußerungen des Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage am 20. Februar 1879 und dazu die Rede im preussischen Abgeordnetenhaus v. 1. Juni 1865. (Ausgewählte Reden, ed. Kortkampff III S. 171 und I S. 101).

<sup>6)</sup> Vergl. die Zirkulardespatches Österreichs, Russlands und Preußens vom Mai 1821 mit denen Lord Castlereagh's vom Januar und Mai desselben Jahres und dazu etwa Kent, Commentaries I. 23.

einiger Staaten des ehemaligen deutschen Bundes<sup>1)</sup> ist auch hier in kosmopolitischer Richtung den andern vorangegangen. Im Anschlusse an diese deutschen Partikulargesetze und insbesondere an das preussische St.G.B. § 78 hat auch das deutsche R.St.G.B. ein eignes Verbrechen der feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten konstruiert (§ 102, revidiert und erweitert durch die Novelle von 1876), dessen Thatbestand mir aber, wie sich aus der Vergleichung des Gesetzestextes mit den obigen Auseinandersetzungen ergibt, in mehrfacher Beziehung zu ausgedehnt zu sein scheint. Die Erfahrung hat es auch gezeigt, daß das deutsche Gesetz in diesem Punkte nicht geeignet ist, Ausgangspunkt einer internationalen Verständigung zu werden. Von allen jenen Staaten, welche seit der Publikation des deutschen Gesetzes ihr Strafrecht reformiert haben, welche also das Vorbild desselben vor Augen hatten und sonst in mannigfachen Beziehungen demselben folgten, hat keiner eine ähnliche Strafbestimmung rezipiert: weder Holland noch Ungarn, noch Luxemburg. Und auch von den seither ausgearbeiteten Entwürfen hat nur der österreichische in seinem § 110, aber weder der italienische und kroatische, noch der allerdings seither zurückgezogene englische das deutsche Gesetzbuch sich zum Muster genommen. Nach § 102 Deutsch. R.St.G.B. ist sowohl ein Deutscher als ein Ausländer, der im deutschen Reiche gegen einen auswärtigen Staat oder dessen Landesherrn irgend eine Handlung unternimmt, welche nach deutschem Rechte, wenn er sie gegen einen Bundesstaat oder einen Bundesfürsten begangen hätte, als Hochverrat, als hochverräterisches

<sup>1)</sup> So schon zuerst das allg. preussische Landrecht II. Teil, Titel 20; §§ 119, 125 und 136; dann in einigen Beziehungen das bayr. St.G.B. von 1813, Art. 306; das preussische St.G.B. von 1851 § 78; das sächsische St.G.B. von 1855 Art. 124; das österr. St.G.B. von 1852 § 66. Die citierten Bestimmungen des preussischen allg. Landrechts wurden in dem Urtheile der kgl. Regierung zu Bayreuth vom 19. März 1803 (bestätigt durch Kabinettsordre vom 26. April 1803) gegen den französischen Emigranten P. S. Trottoin in Anwendung gebracht. Der Angeklagte wurde schuldig erkannt, daß „er während seines hiesigen Aufenthaltes (in Bayreuth) die in äußere Handlungen ausgebrochene Absicht gehabt habe, Unruhen im Inneren der französischen Republik zu erregen, einen Gewaltstreich gegen das dortige Gouvernement zu unternehmen und Schmähchriften gegen das Oberhaupt der französischen Republik zu verbreiten“ und dafür, indem ihm seine zweijährige Untersuchungshaft zur Strafe angerechnet wurde, zur Ausweisung und Tragung der Prozeßkosten verurtheilt und für den Fall seiner Rückkehr in die königl. preussischen Staaten mit Festungsstrafe bedroht. (Hizig's Zeitschrift f. d. Kriminalrechtspflege in den preussischen Staaten. XVIII (1831) S. 193 ff.)



Komplot, als öffentliche Aufforderung zum Hochverrat, oder als Vorbereitung eines Hochverrates bestraft würde, strafbar, sofern nur in dem andern Staate dem deutschen Reiche die Gegenseitigkeit verbürgt ist.<sup>2)</sup> Darnach wäre unter anderm (arg. § 81 Nr. 3 d. R.St.G.B.) auch derjenige nach § 102 strafbar, der etwas unternimmt, z. B. eine Verschwörung anzettelt, um von dem Gebiete eines auswärtigen Staates einen Teil desselben loszureißen und ihn einem befreundeten Staate, z. B. dem deutschen Reiche oder dem Gebiete eines Verbündeten desselben einzuverleiben. Dieselbe Konsequenz ergibt sich auch aus der Fassung des mit dem § 102 wesentlich übereinstimmenden § 66 Abs. 2 des geltenden österreichischen St.G.B., einer Bestimmung, um welche dasselbe bei seiner Revision im Jahre 1852 vermehrt, aber nicht bereichert worden ist. In einer Beziehung aber unterscheiden sich das geltende österr. Recht, ebenso wie die österr. Entwürfe m. E. sehr zu ihrem Vorteile von dem § 102 des geltenden deutschen Gesetzes, indem sie, ebenso wie der ursprüngliche Text des deutschen Strafgesetzes vor der Revision von 1876 verlangen, daß die Gewährung der Reciprozität von Seite des andern Staates in Österreich gesetzlich kund gemacht sei. Dadurch, daß diese Kundmachung bisher nur in Rücksicht auf Rußland erfolgt ist (S.M.E. vom 19. Oktober 1860, R.G.Bl. Nr. 233), ist die Möglichkeit, dieses Delikt in Österreich zu bestrafen, nur im Verhältnisse zu Rußland gewährt. Auffallend ist es namentlich, daß eine solche Kundmachung nicht mit Rücksicht auf das deutsche R.St.G.B. erfolgt ist. Es ist dieses Brachliegen der Norm des § 66 wohl der sprechendste Beweis dafür, daß nur eine ganz besonders geartete Konstellation der Beziehungen zweier Staaten zu einander sie veranlassen kann, hochverratsähnliche Angriffe gegen den andern Staat in einem so weiten Umfange mit Strafe zu bedrohen. Es ist wohl kaum denkbar, daß man 1870, als das österr. Justizministerium in dem Erlasse an sämtliche Oberlandesgerichte und Oberstaatsanwaltschaften vom 7. Dezember Z. 14158 die Erklärung abgab, daß nach seiner und des Ministeriums des Äußern Auffassung der Beschluß des Frankfurter Bundestages vom 18. August 1836 über Auslieferung politischer Verbrecher „als nur in dem bestandenem Bundesverhältnisse wurzelnd nach der 1866 erfolgten Auflösung des deutschen Bundes und gemäß Art. XIII des Prager Friedens vom 23. August 1866 seine Wirksamkeit verloren habe“

<sup>2)</sup> Der anderweitige Inhalt dieses Strafgesetzes, insbesondere die Beziehung desselben auf im Auslande verübte Delikte, wird an einem andern Orte besprochen werden.

(Starr, Die Rechtshilfe in Österreich gegenüber dem Auslande S. 279), es nur übersehen hätte, daß die Erwägungen dieser Erklärung auch auf Abs. 1 des § 66, welcher eine absolute Strafdrohung gegen hochverräterische Angriffe gegen die Staaten des deutschen Bundes enthält, zu treffen. <sup>3)</sup> Es ist weiterhin unmöglich, daß man am 7. Dezember 1870 es nur übersehen hätte, daß das bereits am 31. Mai 1870 publizierte und schon vom 1. Januar 1871 an in Kraft tretende Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund jene Reciprozität, welche die für die Anwendbarkeit des nunmehr allein in Betracht kommenden Abs. 2 des § 66 auf die Staaten des norddeutschen Bundes entscheidende Bedingung ist, in vollstem Maße gewähre und es daher nur einer amtlichen Kundmachung im österreichischen Reichsgesetzblatte über das Bestehen dieser Reciprozität bedurft hätte, um hochverräterähnliche Angriffe gegen Preußen und die andern Staaten des norddeutschen Bundes in Österreich verfolgen zu können. Es bleibt daher wohl nur der Schluß übrig, daß man es 1870 vielleicht aus Gründen, welche mit der damaligen auswärtigen Politik zusammenhingen, absichtlich unterließ, jene Voraussetzung herzustellen, durch welche die Strafdrohung des § 66 Abs. 2 auf Angriffe gegen die Staaten des norddeutschen Bundes sofort in Wirksamkeit getreten wäre. Seither dürfte wohl auch diese Frage in die wechselvollen Geschichte der Verhandlungen über den Rechtshilfevertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem deutschen Reiche verwickelt worden sein, eine Frage, in welcher man ohne gegenseitige Zugeständnisse nicht zu dem so dringend wünschenswerten Ziele gelangen wird. Mit dem deutschen Gesetze stimmt auch das in seiner ursprünglichen Fassung in das Jahr 1845 zurückreichende russische Gesetz (Gesetzbuch der Kriminal- und Korrekptionsstrafen v. 5. Mai 1866 § 260) überein. Ebenso wie das revidierte deutsche Gesetz verlangt es nur die Vereinbarung der Reciprozität, nicht aber auch die Kundmachung dieser

<sup>3)</sup> Nur insolge dessen, daß Abs. 1 des § 66 nicht mehr zu Recht bestand, war die österreichische Staatsanwaltschaft der Notwendigkeit enthoben, den ehemaligen Minister des Königs von Hannover, Grafen Platen-Hallermund, nachdem er wegen in Österreich verübten Hochverrates von dem preussischen Staatsgerichtshof in contumaciam zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war (8. Juli 1868) [vgl. z. B. deutsche Strafrechtszeitung VIII S. 383], nach § 66 zu verfolgen. Wäre § 66 Abs. 1 damals nicht schon als aufgehoben zu betrachten gewesen, so hätte die österreichische Staatsbehörde auf Grund dieses Kontumazialurteils wenigstens die Untersuchung der betreffenden Strafsache in Österreich vor österr. Gerichten veranlassen müssen.

Vereinbarung. Nichtsdestoweniger ist die Reciprozitätsvereinbarung mit Oesterreich wenigstens im Dziennick powszechny 1862 Nr. 259 amtlich kundgemacht worden. (Dr. v. Zybkliemicz im österreichischen Abgeordnetenhaus am 9. Dezember 1863, Protokolle der Session 1863/64 S. 1335). Der § 260 des russischen Gesetzes lautet nach der „in der 2. Abteilung Sr. kaiserl. Majestät Eigener Kanzlei“ angefertigten Übersetzung: Wenn eines von den oben Art. 241, 242, 243, 249, 250 und 253 bezeichneten Verbrechen (Verbrechen wider die Geheiligte Person des Herrn und Kaisers in ihren schwereren Formen, Hoch- und Landesverrat) wider einen fremden Staat verübt worden, mit welchem auf Grund von Traktaten oder hierüber veröffentlichter Gesetze, in dieser Beziehung die gehörige Gegenseitigkeit vereinbart ist, oder aber wider die souveräne Gewalt dieses Staates, so werden die Schuldigen, insofern sie nicht zugleich noch ein Verbrechen begangen haben, das einer andern schwereren Bestrafung unterliegen müßte, mit Entziehung aller besonderen Standesrechte und Verweisung nach Sibirien entweder zum Aufenthalte oder zur Ansiedlung an weniger entfernten Orten oder zur Abgabe an Korrekptions-Arrestantenkompagnieen bestraft.“

Das Erfordernis der Reciprozität, wie es den drei eben angeführten Gesetzestexten gemeinsam ist, für ein so umfassendes Strafgesetz zwar nicht aus juristischen, wohl aber aus politischen Gründen sehr zu billigen. Die Forderung der Reciprozität ist das Mittel, andre Staaten zur Gewährung dieses Schutzes für unsere Verfassungszustände zu veranlassen, und der Wunsch, diesen zu erlangen, kann das einzige Motiv sein zur Erlassung eines Strafgesetzes von solchem Umfange. Das Erfordernis, daß diese Reciprozität, sofern sie Bedingung für die Möglichkeit einer Verfolgung und Bestrafung im Inlande ist, öffentlich kundgemacht sei, entspricht dem Fundamentalsatz alles Strafrechtes, daß die Strafe dem Verbrecher nicht aus einem Hinterhalte her zugefügt, sondern vorher offen angekündigt sein müsse. Die Änderung der deutschen St.G.-Novelle von 1876 ist daher in dieser Beziehung ein beklagenswerter Fehler. Selbstverständlich sollte es auch sein, daß weder der Gewährung noch der Verkündung der Reciprozität rückwirkende Kraft in dem Sinne zukommen könne, daß jemand wegen einer That verfolgt werden könnte, welche er zu einer Zeit verübte, in welcher diese Bedingungen für den kriminellen Charakter derselben noch nicht erfüllt waren, wie dies hinsichtlich der ersteren Bedingung nach deutschem Rechte gleichwohl möglich scheint.

Das französische Recht behandelt Thaten von der hier in Frage stehenden Art als der Regel nach kulpöse Delikte gegen die Sicherheit des französischen Staates. Art. 84 und 85 C. p. drohen Strafe auf von der Regierung nicht gebilligte (feindliche) Handlungen, durch welche der Staat der Gefahr einer Kriegserklärung oder Inländer der Gefahr von Repressalien ausgesetzt werden. Beide Bestimmungen sind in das sardinische St.G.B. Art. 174 und 175, in das toskanische Art. 120, in das spanische St.G.B. Art. 148 und portugiesische St.G. Art. 148 und 150, die erstere derselben auch in das belgische St.G. Art. 123 und in das luxemburgische St.G.B. Art. 123 übergegangen.<sup>4)</sup>

Daß Bestimmungen dieser Art nicht ausreichen, weder um dem Inlande und den Inländern den friedlichen und ungestörten Verkehr mit dem Auslande zu sichern, noch um Delikte gegen fremde Staaten in allen Fällen, wo sie einer Ahndung bedürftig und fähig sind, zu bestrafen, ist klar. Sie sind auch nur in ganz vereinzeltten Fällen zur Anwendung gelangt. (Vgl. Chauveau et Hélie, *Théorie du Code pénal*, édit. Nypels. Bruxelles, 1859 T. I. p. 328 ff.). Wird man doch kaum je ernstlich behaupten können, daß eine von der Regierung nicht gebilligte Unternehmung eines oder mehrerer Individuen den Staat der Gefahr einer Kriegserklärung ausgesetzt habe. Wie sollte auch eine solche Gefährdung bewiesen werden? Wenigstens teilweise begegnet diesen Bedenken die Fassung des italienischen St.G.-Entwurfes von 1874 (progetto Vigliani) Art. 137, nach welchem jeder, der durch Anwerbung von Truppen oder andre feindliche, von der Regierung des Königs nicht gebilligte Handlungen, seien sie innerhalb oder außerhalb des Königreiches vorgenommen, den Staat der Gefahr eines Krieges aussetzt, mit relegazione von 5—10 Jahren, oder, wenn der Krieg ausgebrochen wäre, von 17

<sup>4)</sup> Entstanden ist die Strafbrohung des französischen Art. 84 aus der des Code pénal von 1791, Part. II. tit. 1. sect. 1. art. 2, welche vorzüglich gegen eigenmächtiges Vorgehen der Kommandanten der französischen Armee und Flotte bez. einzelner Abteilungen derselben gerichtet war. Daher war zur Verfolgung dieses Delictes ein Beschluß des Corps législatif nötig und die auf dasselbe gedrohte Strafe keine geringere als die Guillotine. Eine ganz veränderte Stellung erhielt dieses Delict im Code pénal von 1810. Seither ist denn auch die Ansicht Carnots (Commentaire art. 84 No. 5), daß dieses Delict nur von Regierungsorganen begangen werden könne, unhaltbar. Auch der § 136 des 20. Titels, 2. Theils allg. Preuß. L.R. scheint auf die Konstruktion des Art. 85 C. p. Einfluß geübt zu haben.

bis zu 20 Jahren bestraft wird und welcher außerdem eine geringere ergänzende Strafdrohung für jene Fälle hinzufügt, in denen die betreffenden Handlungen den Staat oder dessen Einwohner (also auch Fremde) der Gefahr von Repressalien ausgesetzt oder die freundschaftlichen Beziehungen der Regierung zum Auslande gestört haben. Die Motive zu diesem Entwurfe (Progetto del Codice penale del regno d'Italia presentato al Senato nella tornata del 24 Febbraio 1874 dal ministro Vigliani, Roma 1874) S. 115 geben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Bestimmungen in Verbindung mit den unten zu erwähnenden über Attentate gegen fremde Souveräne und Delikte gegen fremde Gesandte „in der besten Weise eine der wichtigsten Aufgaben des Strafgesetzes lösen werden.“

Nach belgischem Rechte ist, und hiedurch stimmt es ziemlich mit dem deutschen Rechte überein, außer dem oben erwähnten Delikte des Art. 123 auch noch strafbar das von einer die Ausführung vorbereitenden Handlung gefolgte Komplott zur Zerstörung oder Änderung der Regierungsform in einem auswärtigen Staate oder zur Aufreizung der Bewohner eines auswärtigen Staates, sich gegen die Autorität des Chefs der Regierung desselben zu bewaffnen. (Art. 3 des Gesetzes vom 12. März 1858, bei Goddyn et Mahiels, *Le droit pénal belge au point de vue international* 1880, p. 235.) Außerdem aber ist nach Art. 1 des belgischen Gesetzes vom 20. Dezember 1852, in welchem, sowie in dem ersten das Attentat Orsini's sich wieder spiegelt, die Rückwirkungen des französischen Staatsstreiches auf den schwachen Nachbarstaat offenbar werden, auch derjenige strafbar, der durch irgendwie verbreitete Schriften, Druckwerke, Abbildungen oder Abzeichen böswilligerweise die Autorität auswärtiger Souveräne oder Chefs auswärtiger Regierungen angegriffen hat. (Goddyn et Mahiels p. 234).<sup>5)</sup>

Was die Rechte der nordischen Staaten betrifft, so wurde eine Strafdrohung gegen die Erregung von Aufruhr in einem auswärtigen befreundeten Staate zu dem Zwecke, um dessen Regierung zu verändern, dessen Verfassung umzustürzen, einen Teil seines Territoriums loszureißen, sein Territorium oder einen Teil desselben unter fremde Herrschaft zu bringen und ferner gegen die Teilnahme an einem solchen Aufruhr, obwohl sie sich in dem Entwurfe des St.G.B. für

<sup>5)</sup> Die belgische Gesetzgebung in betreff der Attentate gegen fremde Souveräne wird ebenso wie die einschlagende Gesetzgebung der übrigen Staaten im nächsten Abschnitte besprochen werden.

Dänemark fand, in das Gesetz in Folge der gegen dieselbe erhobenen Bedenken des Landsthings nicht aufgenommen. (Goos, den danske Strafferet 1878 II p. 117.) Auch das schwedische St.G.B. von 1866 enthält ebenso wie das niederländische von 1881 keine Strafbrohung gegen hochverrätherische Angriffe gegen fremde Staaten.

In Ungarn blieb die Lösung aller auf Delikte gegen das Völkerrecht sich beziehenden Fragen einer späteren Vereinbarung mit Kroatien und Slavonien vorbehalten, welche Vereinbarung aber bisher nicht erfolgt ist. (Motive des ungarischen Ministerialentwurfes II. S. 33 ff und Resolution des ungar. Abgeordnetenhauses vom 18. Dezember 1877, des Oberhauses v. 23. Febr. 1878 bei Lauffer, Gesammelte Wohlmeinungen über den kroatischen St.G.-Entwurf. Wien 1882. S. 24.) Praktisch steht Ungarn daher wenigstens vorberhand in dieser Beziehung allen andern Staaten nach. In welcher Richtung die Lösung erfolgen wird, läßt sich nicht vorhersagen. Auch der kroatische St.G.-Entwurf ermangelt hier einschlagender Bestimmungen.

Dasselbe gilt vom englischen Rechte, insofern als nicht jener Satz des common law anwendbar ist, demzufolge derjenige eines misdemeanor sich schuldig macht, welcher in der Absicht, den Frieden und die Freundschaft zwischen dem Vereinigten Königreiche und einem fremden Staate zu stören, eine Schrift veröffentlicht, um einen fremden Fürsten, Machthaber, Gesandten oder andern Würdenträger eines fremden Staates herabzusetzen oder zu beschimpfen oder Haß und Verachtung gegen ihn zu erregen. (Sir James Stephen, Digest of the Criminal law, art. 99). Dieser Satz wird auch in den Vereinigten Staaten als geltendes Recht angesehen, wenn auch dessen Anwendung erheblichen Kompetenzbedenken in Folge davon unterliegt, daß den Bundesgerichtshöfen eine Verurteilung nach common law untersagt ist, während den Gerichtshöfen der einzelnen Staaten die Wahrung der internationalen Beziehungen der Union zu fremden Mächten entzogen zu sein scheint. (Vgl. aber Wharton, Criminal law 1880, II. § 1612 a und § 1900).

Was das englische Recht betrifft, hat allerdings Lord Lyndhurst unter Zustimmung des Lordkanzlers Cranworth und der Lords Eruro und Brougham im House of Lords am 4. März 1853 (Sir George Cornwall Lewis, On foreign jurisdiction and the extradition of criminals 1859. p. 66; vgl. auch Phillimore I p. 415 der 1. Auflage) die Ansicht ausgesprochen, daß, da der Versuch, in einem Staate einen Aufstand gegen die Regierung eines diesem be-



freundeten Staates anzuzetteln, nach Völkerrecht ein Verbrechen konstituieren und da das Völkerrecht ein Bestandteil des englischen gemeinen Rechtes sei, ein solcher Versuch auch in England als *misdemeanor* bestraft werden müsse. Aber selbst Sir G. Lewis, welcher *de lege ferenda* zu der in der gegenwärtigen Abhandlung vertretenen Auffassung hinneigt (p. 74 ff.), bemerkt, daß diese Auffassung niemals in einem *Tribunate* ihren Ausdruck gefunden, ja daß auf Grund derselben noch niemals auch nur eine Anklage erhoben worden sei, und daß sie auch von keinem juristischen Schriftsteller Englands vertreten werde, woran er die folgende Bemerkung knüpft: „Ob ein Richter sich finden würde, der diesen Grundsatz einer Jury als geltendes Recht vorlegen und ob auf Grund dieser Rechtsdarstellung eine Verurteilung erfolgen könnte, ist gegenwärtig nur ein Gegenstand der Konjektur“ (S. 73).

Nach schweizerischem Bundesrechte ist nur eine der in diese Kategorie gehörenden Handlungen ausdrücklich für strafbar erklärt: nur die Verletzung fremden Gebietes, während allerdings eine Anzahl anderer hieher gehörender Delikte in der sehr unbestimmten Formel „oder wer eine andre völkerrechtswidrige Handlung begeht“ befaßt sein mag. (Art. 41 des Bundesgesetzes vom 4. Hornung 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft.) Die Verfolgung dieser Delikte findet nur auf Beschluß des Bundesrates statt. (Art. 4 des Gesetzes vom 27. August 1851 über die Bundesstrafrechtspflege und Art. 44 des Gesetzes vom 4. Hornung 1853.) (Vgl. auch Art. 49 und 50 des 2. Entwurfes eines Militärstrafgesetzbuches f. d. schweizerische Eidgenossenschaft 1881).

### III.

Sehr auffallend ist es insbesondere, daß nicht einmal alle Staaten Strafdrohungen aufgestellt haben gegen unbefugte Teilnahme ihrer Angehörigen an einem zwischen zwei dem Inlande gleichmäßig befreundeten Staaten ausgebrochenen Kriege, daß feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten also gerade unter jenen Umständen, in welchen sie am gefährlichsten werden, straflos sind. Es ist zwar allgemein anerkannt, daß die Regierung eines neutralen Staates, um ihrer Neutralitätspflicht zu genügen, ihren Unterthanen nicht alle jene Handlungen verbieten müsse, deren sie selbst sich enthalten muß;<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. Geffter und Geffen, *Völkerrecht* § 148; Bluntschli, *Völkerrecht*, § 780; v. Neumann, *Grundriß* S. 130 ff. (2. Aufl.); Perels, *das*

es ist aber ebenso allgemein anerkannt, daß sie sich bestreben solle, doch wenigstens jene Akte, durch welche ihre Unterthanen in völlig zweifelloser und besonders wirksamer Weise an einem fremden Kriege teilnehmen, zu verhindern. Allgemein anerkannt ist die Verpflichtung des neutralen Staates, seinen dauernden oder zeitlichen Unterthanen die Ausrüstung von Kaperj Schiffen und die Teilnahme an Expeditionen derselben zu verbieten und sie wegen Übertretung dieses Verbotes zu bestrafen.<sup>2)</sup> Es ist zu hoffen, daß dieses Strafgesetz mit der Abschaffung der Kaperei überhaupt in nicht ferner Zukunft werde obsolet werden.

Ebenso besteht ziemliche Übereinstimmung darüber, daß neutrale Staaten verpflichtet sind, ihren dauernden oder zeitweiligen Unterthanen Anwerbungen für die Armeen der kriegführenden Staaten und Aufnahme von zur Fortsetzung des Krieges bestimmten Anlehen unter Strafbrohung zu verbieten.<sup>3)</sup> Bestritten ist aber schon wieder die

internat. öffentl. Seerecht § 44; Wharton, Criminal law § 1901 ff. und Beach Lawrence's Anmerkung dazu, Kent, Commentaries I. p. 116 ff. (122 der 12. Auflage); Whillimore III p. 221 ff., Calvo § 2416 ff. Auch Bulmerincq in v. Holtendorff's Rechtslexikon 3. Aufl. II S. 867 behauptet nicht das Gegenteil. Übrigens stellen die Lehrer des Völkerrechts regelmäßig nur den Satz auf, daß die Regierung des neutralen Staates verpflichtet sei, sich selbst gewisser Handlungen zu enthalten, bez. gewisse Handlungen vorzunehmen und auch ihre Unterthanen an der Vornahme wenigstens einzelner Handlungen der erstgedachten Art zu verhindern. Daß auch die Bedrohung des verbotenen Verhaltens mit Strafe ein Mittel zur Verhinderung desselben sein kann, wird regelmäßig gar nicht erwähnt. Daß die Regierung z. B. den Kriegführenden nicht selbst Waffen liefern dürfe, ist allgemein anerkannt. Selbst die Veräußerung der überflüssigen Kriegsbestände in den amerikanischen Arsenalen in öffentlicher Auktion zur Zeit des deutsch-französischen Krieges wird, da die amerikanische Regierung sich bewußt war, daß insbesondere die eine der kriegführenden Mächte fast allein als Käufer auftrat, von den meisten Autoren als Verletzung der Neutralität aufgefaßt. Daß aber die neutrale Regierung auch verpflichtet sei, Privaten die Veräußerung von Waffen an Fremde zu verbieten, ist keineswegs allgemein anerkannt. Eine solche Verpflichtung wurde z. B. von der amerikanischen Neutralitätsproklamation von 1870 direkt negiert. „without interfering . . . with the open manufacture or sale of arms or munitions of war. (Bei Perels S. 384). Über das englische Recht vgl. insbesondere Westlake in der Revue de dr. int. II p. 614 ff. und die zur Rechtfertigung der englischen Praxis dort (S. 635) citierte Erklärung Lord Halifax' und dazu Rolin-Jaequemyns Revue II p. 705 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. das französische Gesetz vom 10. April 1825 pour la sûreté de la navigation et du commerce maritime, Art. 3 bei Th. Ortolan, Règles internationales et diplomatie de la mer I p. 445 der 3. Auflage (1856), das niederländische St.G.B. Art. 388 f. und unzählige Neutralitätsproklamationen.

<sup>3)</sup> Vgl. injizente Äußerungen englischer Richter im Prozesse de Wutz v.

Frage, ob sie auch verpflichtet sind, die Lieferung von Kriegskonterbande für die Kriegführenden zu verhindern<sup>4)</sup>, und insbesondere, ob eine solche Verpflichtung sich auch darauf erstreckt, die Zufuhr von solchen Waren zu verbieten, welche nicht absolute Kriegskonterbande sind, sondern nur im einzelnen Falle zur Verstärkung der fremden Kriegsmacht dienen (z. B. Proviant, Kohlen für Kriegsschiffe u. dgl.)<sup>5)</sup>

Noch weiter aber gehen die Ansichten auseinander, was die beiden namentlich im Trentfalle erörterten Fragen betrifft, ob die Beförderung von Depeschen der Kriegführenden von einer Station derselben zur andern oder an neutrale Mächte und ob der Transport von Gesandten der Kriegführenden an Neutrale rechtswidrig sei und daher verboten und mit Strafe bedroht werden solle oder nicht.<sup>6)</sup> Einig ist man aber wieder darüber, daß der bloße Ausdruck der Sympathie für die eine der kriegführenden Mächte keine Verletzung der Neutralität enthalte und daß es daher auch nicht zu den Pflichten des neutralen Staates gehöre, denselben zu bestrafen. (Vgl. die Proklamation des Präsidenten Grant vom 22. August 1879, bei Perels, S. 384, Kolins-Jaequemyns in der *Revue de droit international* V. 711, Bluntzschli in v. Holkenborffs *Jahrbuch* I. S. 334).

Es kann nicht Aufgabe der gegenwärtigen Abhandlung sein, alle diese Fragen zu entscheiden.<sup>7)</sup> Ich muß mich hier beschränken, darauf hinzuweisen, daß die Verpflichtung, welche ein Staat seinen

---

Henricks 1824 wegen eines Anlehens zu gunsten der aufständischen Griechen bei Phillimore III. p. 221 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. über den Konflikt zwischen der deutschen und der englischen Regierung 1870 und 1871, und insbesondere gegen die berühmten Artikel Sir William Vernon Harcourt's (Historicus) in den Times: Gessner, kriegführende und neutrale Mächte, insbes. S. 60 ff., aber auch Westlake, *Revue* II. 614 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. den Brief des englischen Unterstaatssekretärs Hammond in Soetbeer's *Neuer Sammlung* 1859 I. S. 14, und Gladstone's Erklärung im Unterhause 1. August 1870, *Revue de droit intern.* II. p. 707; Perels a. a. O. S. 257.

<sup>6)</sup> Der Gouverneur von Helgoland hat während des deutsch-französischen Krieges den Helgoländer Lootsen bei Strafe der Ausstoßung aus der Lootsengilde die Dienstleistung für fremde Kriegsschiffe verboten. Über eine ähnliche allgemeine Anordnung des Board of trade vom 6. August 1870 und über das entgegengesetzte Verhalten der dänischen Regierung trotz ihrer Proklamation vom 26. Juli vgl. Perels, das *internat. öffentl. Seerecht*. S. 248. u. *Revue* II 704.

<sup>7)</sup> Von internationaler Verständigung ist man in dieser Materie weit entfernt. Auch die so viel diskutierten drei Regeln des Washingtoner Vertrages vom 8. Mai 1871 haben sich nicht als geeignet erwiesen, als Kriterien der Neutralitätspflichten während eines Seekrieges allgemein acceptiert zu werden.

Unterthanen auferlegt, sich der gedachten Unterstützung einer der kriegsführenden Mächte zu enthalten, um völlig wirksam zu sein, auch der Sanktion einer Strafandrohung bedürfe. Es dürfte dies um so einleuchtender sein, als sonst zwar das mißlungene Verbrechen nach Kriegsrecht, insbesondere nach Prißenrecht bestraft würde, das geglückte aber: der effektuierte Blockadebruch, der effektuierte Transport von Mannschaften oder Munition für die eine der kriegsführenden Mächte straflos ausginge und die Hoffnung dieser Straflosigkeit jene abhaltende Wirksamkeit, welche die Strafandrohung des Kriegsrechtes in betreff der gedachten deliktösen Handelspekulationen zu äußern bestimmt ist, völlig vernichten oder ungebührlich abschwächen würde.<sup>8)</sup>

Für jene Staaten, welche ein dem Vorbilde der Art. 84 und 85 Code pénal nachgebildetes Strafgesetz rezipiert haben<sup>9)</sup>, bietet dieses ein unter Umständen bequemes Mittel, ihrer internationalen Pflicht nachzukommen und wenigstens die ernstesten Fälle einer Mißachtung der Neutralität durch Unterthanen und Einwohner zu ahnden.<sup>10)</sup>

Trotzdem läßt sich aber die allzu vage Fassung dieser Bestimmung wie die des oben angeführten Art. 41 des schweizerischen Bundesgesetzes nicht billigen. Interpretiert man nämlich ein Strafgesetz von so unbestimmter Umschreibung des Thatbestandes nicht in einem möglichst einschränkenden Sinne, so verlegt man dadurch den bekannten Fundamentalsatz der Strafrechte des europäischen Kontinents: Nullum

<sup>8)</sup> Auffallender Weise behandelt auch Gessner in dem Abschnitte Des peines qu'entraîne le délit de contrebande de guerre in seinem Werke Les droits des neutres sur mer 2. Aufl. S. 142 ff. nur die Strafbarkeit dieses Deliktes nach Prißenrecht und im Verhältnisse zu den kriegsführenden Staaten, nicht auch die nach gemeinem Strafrechte und im Verhältnisse zum neutralen Heimatstaate des Schuldigen.

<sup>9)</sup> Vgl. auch die in der italienischen Neutralitätsproklamation v. 26. Juli 1870 bezw. in der Verordnung vom 6. April 1864 (bei Perels, S. 378) allegirten Art. 35 u. 80 des mir nicht zugänglichen sardinischen Gesetzbuches f. d. Handelsmarine vom 13. Januar 1827.

<sup>10)</sup> Vgl. die auf das Gesetz vom 10. April 1825 sich berufende Neutralitätsproklamation Napoleon III. vom 9. Juni 1861 bei Soetbeer, Neue Samml. II S. 47; Zirkular der belgischen Regierung vom 2. April 1854 (bei Soetbeer, Sammlung I. Heft S. 44) und vom 9. Mai 1859 (Neue Sammlung I S. 16), spanische Neutralitätsproklamation vom 17. Juni 1861, Art. 8 (Neue Samml. II S. 52); ferner die auf Art. 148 und Art. 151 sich gründende spanische Proklamation vom 26. Juli 1870 (bei Perels S. 381) und die portugiesische Verordnung vom 20. Juli 1870 (ebendort S. 382).

crimen, nulla poena sine lege. Interpretiert man es aber auch nur einigermaßen rigoros, so versagt es nur zu leicht seinen Dienst völlig. So haben die belgischen Gerichte sich für verpflichtet gehalten, Individuen von der Anklage nach Art. 123 Code pénal belge (s. oben S. 401) freizusprechen, welche während des deutsch-französischen Krieges in Belgien französischen Agenten Gewehre verkauft und deren Einschmuggelung nach Frankreich befördert hatten. Und ebenso haben sie diejenigen freigesprochen, welche es versucht hatten, einigen in Belgien internierten französischen Soldaten Zivilkleider zu verschaffen, um ihnen ihre Flucht und ihre Rückkehr zur französischen Armee zu ermöglichen. (Vgl. die Urteile der cour de Gand und der cour d'appel de Liège in der Revue de droit internat. IV. p. 149.)

Ein für allemal jene Handlungen aufzuzählen, welche stets strafbar sein sollen, wenn sie ein dem Gerichtszwange des Inlandes Unterworfenener zur Unterstützung einer Macht, mit welcher unser Staat sich im Frieden befindet, in deren Kriege gegen eine andre Macht verübt, mit welcher wir ebenfalls in Frieden leben, wird man sich schwer entschließen können. Die Geschichte zeigt, daß die neutralen Staaten den Umfang jener Verpflichtungen, welche ihnen ein Krieg anderer Mächte untereinander auferlegt, bald weiter, bald enger auffassen. Wenn wir bedenken, daß die Enthaltung von allen jenen Unternehmungen, welche geeignet sind, die eine der kriegführenden Mächte zum Nachteile der andern zu verstärken, die materiellen Interessen des neutralen Staates oft aufs allererheblichste schädigt, indem sie vielleicht die Industrie und den Handel desselben der günstigsten Konjunkturen beraubt, so werden wir diese Abneigung, die Neutralitätspflichten immer in gleichem Umfange aufzufassen, begreifen. Wenn aber der neutrale Staat die Neutralitätspflichten auch in dem einen Kriege in einem weitern Umfange versteht und übt als in einem andern, so muß er doch stets, um neutral zu bleiben, beiden kriegführenden Mächten gegenüber seine Neutralität in dem gleichen Umfange üben.

Aus dem natürlichen Bestreben, eine für alle Fälle gleichmäßig bindende Norm zu vermeiden und vieles der Entscheidung im konkreten Falle zu überlassen, erklärt sich die Unbestimmtheit der Strafgesetze gegen Neutralitätsbruch. So bedroht das niederländische St.G.B. Art. 100 in ziemlich vager Fassung denjenigen mit Gefängnis bis zu 6 Jahren, welcher während eines die Niederlande nicht betreffenden Krieges vorsätzlich eine Handlung begeht, durch welche die

Neutralität des Staates in Gefahr gebracht wird oder der eine besondere zur Aufrechthaltung der Neutralität seitens der Regierung erlassene und bekannt gemachte Vorschrift vorsätzlich übertritt. In Übereinstimmung hiermit steht auch der ebenfalls blankettartig redigierte § 113 des österr. St.G.-Entwurfes von 1881, nach welchem (aber nur mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder an Geld bis zu 3000 fl.) bestraft wird, wer im Falle eines Krieges den von der Regierung zur Wahrung ihrer Neutralität erlassenen und im Reichsgesetzblatte kundgemachten Anordnungen zuwiderhandelt. Einer schwereeren Strafe (Zuchthaus oder Staatsgefängnis von 1—15 Jahren) verfällt derjenige, der sich im vorausgesetzten Falle an der Ausrüstung, Führung oder Bemannung eines Kaperschiffes oder an den feindlichen Unternehmungen desselben beteiligt. Durch diese Bestimmung wird eine Lücke des geltenden österr. Strafrechtes, welches einer Strafandrohung gegen Neutralitätsbruch ermangelt, ausgefüllt. Zwar wurde durch den Ministerialerlaß vom 25. Mai 1854, R.G.Bl. Nr. 127 aus Anlaß des Krimkrieges die Annahme und Benützung von Kaperbriefen sowie jede Beteiligung an der Führung, Bemannung und Ausrüstung von Kaperschiffen unter Androhung der auf das Verbrechen des Raubes gesetzten Strafen verboten und denjenigen, welche wider das kundgemachte Verbot Truppen oder Kriegskonterbande für die kriegführenden Mächte transportieren würden, angedroht, daß sie „eine angemessene Strafe zu gewärtigen“ hätten. Aber dieser M.E. wurde nach dem Pariser Frieden durch den M.E. vom 23. April 1856 außer Kraft gesetzt. Auch aus Anlaß des deutsch-französischen Krieges erließ die österreichische Regierung im Einvernehmen mit der ungarischen ein Verbot der Aus- und Durchfuhr von Waffen, Waffenbestandteilen, Munition und Munitionsgegenständen aller Art für sämtliche Grenzen des österr.-ungar. Gebietes (M.B. vom 21. Juli 1870, R.G.Bl. Nr. 91) und ein weiteres Verbot, Truppen zu transportieren, den kriegführenden Mächten Kriegskonterbande zuzuführen oder in wirksam blockierte Häfen einzulaufen, ohne aber diesen Verböten eine andre Sanktion hinzuzufügen, als die Erklärung, daß „wer vorstehende Verböte übertritt, bei eintretender regelmäÙiger Beschlagnahme und Konfiskation von Seite der kriegführenden Mächte keinen Schutz bei der k. k. Regierung zu erwarten habe.“ (M.B. vom 29. Juli 1870 Nr. 94.) Eine ähnliche Warnung erfolgte zur Zeit des orientalischen Krieges durch die M.B. vom 11. Mai 1877, R.G.Bl. Nr. 31.



Ebenso wie das österreichische, entbehren auch das deutsche<sup>11)</sup> und das ungarische Recht ein für allemal feststehender Strafbrohungen gegen Neutralitätsbruch. Auch nach diesen Rechten ist das Einschreiten der Gesetzgebung von Fall zu Fall vorbehalten. Es hat dies die mißliche Folge, daß entweder, je nach dem Staatsrechte des betreffenden Staates, ein Strafgesetz in Ermangelung der Zustimmung der vielleicht nicht versammelten Vertretungskörper nicht rechtzeitig erlassen werden kann, oder daß ein solches Strafgesetz, wo es in der einen oder andern Weise zustandekommt, die Fehler eines Gelegenheitsgesetzes an sich trägt oder endlich daß man aus Besorgnis, in diese Fehler zu verfallen, von einer Strafbrohung absteht. Es empfiehlt sich daher, der Regierung ein Blankett in der vom niederländischen St.G. und vom österr. Entwurf vorgezeichneten Weise zur Ausfüllung nach den Erfordernissen des konkreten Falles auszustellen.

Präzise, allerdings nicht auf den Fall eines im Auslande herrschenden Kriegszustandes beschränkte Strafbrohungen enthält das portugies. St.G.B. Art. 156 gegen die ohne Ermächtigung von Seite der Regierung erfolgende Aushebung oder Anwerbung von Mannschaft für fremden Kriegs- oder Seebienst und gegen die zu diesen Zwecken erfolgende Anschaffung von Waffen, Schiffen oder Munition, Strafbrohungen die sich aber wenigstens hinsichtlich der Ausländer auf zeitweilige Ausweisung beschränken.

Nur das Verbot, Truppen im Inlande für fremde Mächte zu werben, findet sich auch in fast allen andern Gesetzgebungen. Dasselbe hat aber nicht sowohl den Zweck, die Neutralität aufrecht zu erhalten, als vielmehr den, die Schwälerung der eignen Wehrkraft

<sup>11)</sup> Einzelne deutsche Partikulargesetze enthielten solche Strafbrohungen wenigstens gegen die Zuwiderhandlung wider Neutralitätsverträge, wenn auch nicht gegen einseitig erlassene Bestimmungen zur Wahrung der Neutralität. So das großherzogl. hessische St.G.B. Art. 143. Zu ähnlichen Ergebnissen führte auch das bayr. St.G. von 1813 Art. 306 Nr. 2. Nach preussischem Rechte aber mußte die auf die Verordnung vom 12. Juni 1856 gegründete Verfügung des Handelsministers vom 21. Juli 1861 (Soetbeer, Neue Sammlung II Nr. 40) sich damit begnügen, denjenigen, welche sich in den unter den Staaten Nordamerikas ausgebrochenen Konflikt durch Annahme von Kaperebriefen, Beteiligung an Kapereiunternehmungen, Zuführung von Kriegskonterbande oder Beförderung von Depeschen einmischen würden, in Erinnerung zu bringen, daß die königl. Regierung nicht in der Lage wäre, ihnen ihren Schutz gegen die Nachteile angedeihen zu lassen, denen sie sich durch dergleichen Handlungen aussetzen würden.

zu verhindern. Deshalb gelten diese Vorschriften auch für die Anwerbung in Friedenszeiten, und erstrecken sich nur auf die Anwerbung von Inländern, allerdings gewöhnlich ohne Unterscheidung, ob dieselben militärfähig und militärpflichtig sind oder nicht. Die meisten Staaten remonstrirten daher, wenn ein anderer in ihrem Gebiete eine Fremdenlegion zu werben versucht. So wurden 1855 der englische Konsul in Köln Mr. Curtis und dessen Sekretär Mr. Kray wegen unbefugter Werbung für den englischen Kriegsdienst im Krimkriege angeklagt und zu 6 bezw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Und ebenso wurden aus einem ähnlichen Anlasse sogar die diplomatischen Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten vorübergehend abgebrochen. (Cussy, Phases et causes célèbres II p. 602, Mac Carthy, A history of our own times II p. 264, Tauchnitz edition, Wharton, Criminal law § 1904 und 1908, II p. 636).

In bezug auf einen auswärtigen Seefrieg enthält strenge Bestimmungen der englische foreign enlistment act von 1870: 33. and 34. Vict. c. 90.<sup>12)</sup>

<sup>12)</sup> Strafbar sind nach demselben Inländer und Ausländer, welche ohne Bewilligung Ihrer Majestät innerhalb deren Besitzungen eine Kriegsexpedition zur See oder zu Land gegen die Besitzungen eines befreundeten Staates vorbereiten oder ausrüsten, ferner britische Unterthanen, welche, wenn auch im Auslande, Kriegsdienste gegen einen befreundeten Staat nehmen, oder welche in der Absicht, solche Kriegsdienste zu nehmen, sich an Bord eines Schiffes begeben; dann Inländer und Ausländer, welche innerhalb des britischen Reiches jemanden, also auch einen Ausländer, anstiften, solche Kriegsdienste zu nehmen; weiter Schiffseigentümer und Schiffskapitäne, welche wissentlich solche gesetzwidrig in fremde Kriegsdienste tretende Personen transportieren. Straffällig sind weiter Inländer wie Ausländer, welche innerhalb des britischen Reiches ein Schiff bauen, ausrüsten oder in See stecken lassen, in betreff dessen sie begründeten Verdacht hegen, daß es im Dienste eines fremden, mit einem befreundeten Staate im Kriege befindlichen Staates verwendet werden wird, und In- und Ausländer, welche innerhalb des britischen Reiches die Kriegstüchtigkeit eines Schiffes erhöht haben, welches während seines Aufenthaltes in den britischen Gewässern im Dienste eines mit einem befreundeten Staate in Krieg befindlichen Staates stand. (Sect. 4, 5, 7, 8, 10, 11.) Von einem Schiffe, welches von jemandem, der im Kriegs- oder Flottendienste des fremden kriegführenden Staates steht oder von einem Agenten desselben bestellt wurde oder von einem solchen Agenten bezahlt worden ist, wird vermutet, daß dasselbe zum Kriegsdienste bestimmt war und es liegt daher dem Erbauer desselben der Gegenbeweis ob. (Sect. 9 ibidem.) Strafe ist imprisonment mit oder ohne hard labour, eventuell kumuliert mit Geldstrafe oder auch die letztere allein.

Dieses Gesetz ist aus langen Beratungen der aus Anlaß der Alabama-Angelegenheit i. d. 2. d. Strafrechts. III.

Alle solche Strafdrohungen gegen Verletzungen der Neutralität müßten einer abgekürzten Verjährung unterworfen sein. Hätte es doch gar keinen Sinn, solche Delikte etwa noch 5 Jahre nach Beendigung des betreffenden Krieges zu verfolgen. Die Verjährungszeit müßte daher mit dem Ende des betreffenden Krieges zu laufen beginnen, ununterbrechbar sein und etwa in einem Jahre ablaufen.

## IV.

Während wir also in den Gesetzen der wichtigsten europäischen Staaten eine sehr erhebliche Verschiedenheit in betreff der Beurteilung der im Inlande verübten rein politischen Delikte gegen fremde Staaten vorfinden, ist es, wie bereits oben erwähnt wurde, allgemein anerkannt und unzweifelhaft, daß der Umstand, daß mit einem sogenannten gemeinen Delikte ein sogenanntes politisches Delikt idealiter oder realiter konkurriert, sofern es sich um im Inlande verübte Delikte gegen Ausländer handelt, die Strafbarkeit des gemeinen Deliktes nicht aufhebt. Der viel besprochene Fall eines *crime de droit commun connexe à un crime politique* wird uns daher in diesem Abschnitt des internationalen Strafrechtes nicht beschäftigen. Er ist bestritten bloß hinsichtlich der Verfolgung im Inlande oder der Auslieferung an das Ausland wegen in dem Auslande begangener Delikte.

prüche niedergelegten Kommission als Kompromiß zwischen den noch weiter gehenden Anträgen der Majorität dieser Kommission und den weit eingeschränkteren Anträgen Sir William Harcourt's hervorgegangen. Vergl. über die Entstehung dieses Gesetzes Calvo, *le droit international* 3. édit. III. p. 420 § 2276 ff. Der Text findet sich in Sir J. Stephen *Digest of the English Criminal law* Art. 100 ff. Vgl. auch *Revue de droit international* VI 628. In Ausführung derselben erfolgte die englische Neutralitätsproklamation vom 9. August 1870 (Text u. A. bei Perels S. 369).

Über das amerikanische Recht, die Kongressakte vom 20. April 1818, vgl. die Neutralitätsproklamation vom 22. August 1870 (u. A. bei Perels a. a. O. S. 384 ff.) und insbesondere Beach Lawrence's Note zu Wharton's *Criminal law* § 1908. Es unterscheidet sich dasselbe von dem englischen insbesondere dadurch, daß, während das letztere der Königin ein Dispenisationsrecht von den Verboten des Gesetzes einräumt (Sect. 15 der citierten Akte macht es nämlich zum Thatbestandsmerkmale der fraglichen Delikte, daß die betreffenden Thaten without the licence of Her Majesty erfolgt seien), nach amerikanischem Recht die Ermächtigung oder Zustimmung des Präsidenten als Strafausschließungsgrund nicht plaidiert werden kann. U. St. v. Smith and Ogden (Wharton, *Criminal law* II p. 633). Sonst ist das englische Recht, sowohl was die Thatbestandsdefinitionen als was die Strafdrohungen betrifft, dem Vorbilde des amerikanischen Rechtes ziemlich treu gefolgt.

Daß wer, um eine politische Umwälzung im Auslande zu befördern, im Inlande jemanden ermordet oder zu der im Auslande ausgeführten Ermordung jemandes angestiftet hat, im Inlande bestraft werden könne, ist unbestritten. Es entsteht nur die Frage, ob die herrschenden Grundsätze der allgemeinen Lehren des Strafrechts über die Straflosigkeit der Vorbereitungshandlungen, der erfolglosen Anstiftung und des Sichanbietens zur Verübung von Delikten, sofern sie überhaupt rücksichtlich gemeiner Delikte die richtigen sind, insbesondere auch in allen jenen Fällen Anwendung finden können, in welchen gemeine Delikte in idealer oder realer Konkurrenz mit politischen Delikten gegen das Ausland oder, wie man gewöhnlich zu sagen pflegt, aus politischen Motiven unternommen werden.

Was Angriffe gegen das Leben, die Gesundheit und die persönliche Freiheit des inländischen Souveränes betrifft, so stimmen die Gesetze aller monarchischen Staaten darin überein, daß sie solche Angriffe schon in jenen vorbereitenden Stadien ihrer Ausführung und auch noch in jenen entfernteren Formen der Beteiligung an denselben mit Strafe bedrohen, welche in Rücksicht auf die gegen Privatpersonen gerichteten Angriffe von Strafbarkeit erimiert sind. Es entsteht nun die Frage, ob Attentate gegen das Leben, die Gesundheit und Freiheit ausländischer Souveräne und anderer Chefs auswärtiger Regierungen nach Analogie der Attentate gegen den Souverän des Inlandes oder nach Analogie jener gegen Privatpersonen behandelt werden sollen? Die Beantwortung dieser Frage wird selbstverständlicher Weise verschieden ausfallen, je nachdem man, was Angriffe gegen Privatpersonen betrifft, mit der in der Theorie herrschenden Ansicht von der Straflosigkeit gewisser dieser entfernteren Formen der Beteiligung, z. B. der mißlungenen Anstiftung, übereinstimmt oder nicht. Wer kein Bedenken trägt, die mißlungene Anstiftung zu einem Verbrechen überhaupt für strafbar zu erklären, wird natürlich auch kein Bedenken dagegen haben, die mißlungene Anstiftung zur Ermordung eines fremden Staatsoberhauptes als ein Verbrechen zu behandeln. Ich muß nun bekennen, daß m. E., wie ich an einem andern Orte nachzuweisen hoffe, jene Gefahr ungerechter Verurteilungen, welche man als die Folge einer Strafandrohung gegen diejenigen befürchtet, die sich zur Verübung eines Verbrechens anbieten oder welche eine oder mehrere individuell bestimmte Personen (nicht das Publikum) ohne Erfolg zur Verübung von Verbrechen anzustiften versuchen, durch gewissenhafte Durchführung der Grundsätze des Anklageprozesses und durch

eine Reform des allerdings im argen liegenden Beweisverfahrens vermieden werden kann und daß es mir, unter Voraussetzung der Vermeidung dieser Gefahren, durch die Sorge für Erhaltung und Vertiefung des Rechtsbewußtseins im Volke geboten scheint, solche Thaten nicht ungeahndet zu lassen. Wenn ich auch dem belgischen Gesetze vom 7. Juli 1875 und dem ihm nachgebildeten § 49 a R.St.G.B. nicht in seiner ganzen Tragweite beizustimmen vermag (vgl. meine Monographie: Das Moment objektiver Gefährlichkeit im Begriffe des Verbrechenversuches S. 27. Anm. 2), so scheint es mir doch sehr wünschenswert, daß derjenige, der sich zur Ausführung eines schweren Verbrechens anbietet, ebenso wie derjenige, der einen andern zur Ausführung eines eben solchen Verbrechens erfolglos anzustiften versucht, nicht straflos ausgehe. Ich befinde mich daher in vollständiger Übereinstimmung mit dem geltenden österr. St.G.B. § 9, dem sardinischen St.G.B. Art. 99 <sup>1)</sup>, dem ital. St.G.-Entw. Vigliani's Art. 252 und dem dänischen St.G.B. § 51 und 52, welche wenigstens für den letzteren Fall Strafen androhen.

Eine Anzahl von Gesetzen und Entwürfen, welche die mißlungene Anstiftung und das nicht acceptierte Anerbieten zwar nicht hinsichtlich aller schweren Verbrechen mit Strafe bedrohen, erklärt diese Schuldformen wenigstens in bezug auf das uns hier hauptsächlich interessierende Verbrechen des Mordes für strafbar. So der neueste österr. St.G.-Entw. § 225 und der kroatische Entw. § 258, während nach ungarischem Rechte § 288 erst die Vereinigung zweier Personen zur Verübung eines Mordes, also erst die, wenn auch nur vorübergehend eingetretene Bestimmung des Anzustiftenden zum Entschlusse und selbst diese nur, „wenn auch eine vorbereitende Handlung vorliegt“, strafbar ist. Auf einem antiquierten Standpunkte verharret das englische Recht, welches das Komplott, die conspiracy, als eine Art der Mitschuld neben Anstiftung, Beihilfe und Begünstigung hinsichtlich aller Verbrechen beibehalten hat, dabei aber wenigstens bis vor kurzem es zweifelhaft beließ, ob auch eine conspiracy zur Ausführung eines Verbrechens im Auslande strafbar sei. Infolge dieser Inkongruenz fand sich England dadurch, daß das Attentat, welches Felice

<sup>1)</sup> Auffallender Weise wurde, als das Geltungsgebiet des sardinischen St.G.B. auf ganz Italien mit Ausnahme Toskanas ausgedehnt wurde, gerade dieser Artikel mit einigen wenigen andern von der Einführung in den südlichen Provinzen durch das Decret v. 17. Februar 1861 ausgeschlossen. Pessina, *Elementi di diritto penale* I. p. 274.

Orsini am 14. Januar 1858 gegen Napoleon III. in Paris verübte, durch eine Verschwörung in England vorbereitet war, in eine mißliche Situation verwickelt. Um wenigstens der Wiederkehr einer solchen vorzubeugen, beantragte Lord Palmerston am 8. Februar 1858 ein Gesetz, demzufolge jedermann, welcher innerhalb des vereinigten Königreiches sich mit jemandem verschwört, oder jemanden aufreizt, anstiftet oder auffordert, mag dieser andre innerhalb oder außerhalb des vereinigten Königreiches sich befinden, innerhalb oder außerhalb der Besitzungen Ihrer Majestät einen Mord zu verüben, einer felony schuldig wird. (Lewis I, c. p. 59). Nachdem über diese Bill, oder vielmehr über die die Einbringung derselben begleitende Korrespondenz der englischen Regierung mit der französischen, das Ministerium Palmerstons gestürzt, (vgl. MacCarthy III. p. 131 ff.) und nachdem Dr. Simon Bernard, der wegen in England verübter Anstiftung und Beihülfe zu dem Mordversuche Orsinis von der Jury des Londoner Central-Kriminal-Gerichtshofes, wohl mit Rücksicht auf die Zweifelhaftigkeit der acht in diesem Prozesse bestrittenen Rechtsfragen (siehe diese bei Lewis a. a. O. S. 60 f.), freigesprochen worden war, wurde endlich bei der umfassenden Konsolidierung der auf die Tötungsdelikte bezüglichen Statute im Jahre 1861 das englische Recht im Sinne der Palmerston'schen Bill festgestellt bez. anenndiert. Auf Grund dieses, auch in den neuesten St.G.-Entw. von 1879 Sect. 180 rezipierten Gesekestertes 24. a. 25. Vict. c. 100. s. 4., — nach welchem im Maximum mit 10 Jahren penal servitude strafbar ist, wer sich verschwört, Jemanden, gleichgültig ob dieser ein Unterthan der Königin ist und sich in deren Besitzungen aufhält oder nicht, zu ermorden, und ebenso, wer Jemanden zu einem solchen Morde anstiftet oder anzustiften versucht — wurde denn auch Johann Most wegen in England verübter Aufreizung sogar nicht einzeln bestimmter Personen, sondern des Publikums im allgemeinen zur Ermordung des Kaisers von Osterreich und anderer Souveräne des kontinentalen Europa von der Jury des Central-Kriminalhofes verurteilt und diese Verurteilung in der Rechtsfrage von dem Fünfrichterkollegium des Court for the Consideration of Crown Cases reserved, vor welchen sie der in der Hauptverhandlung präsidierende Lord Oberrichter Lord Coleridge gebracht hatte, am 19. Juni 1881 bestätigt.

Sonderbar ist es, daß aber Frankreich selbst, auf dessen in der Depeche des Grafen Walewski vom 20. Januar 1858 ausgedrückten Wunsch jene Änderung des englischen Rechtes zurückzuführen ist,



gegen Delikte derselben Art in seiner Gesetzgebung keine für alle Fälle genügenden Bestimmungen besitzt. Auch nach französischem Rechte könnte, wenn wir von dem wohl unanwendbaren Art. 84 absehen, nur ächte Anstiftung, ächte Beihilfe und, soferne es sich um Tötung eines fremden Staatsoberhauptes handelt, öffentliche, wenn auch erfolglose Aufforderung (die letztere jetzt als *provocation de commettre le crime de meurtre* nach Art. 24 des Gesetzes vom 29. Juli 1881 über die Freiheit der Presse) bestraft werden, während sowohl die Verschwörung zur Ermordung eines Privatmannes, und als solcher müßte der auswärtige Souverän vom Standpunkte des französischen Rechtes betrachtet werden, als auch die nicht öffentlich erfolgende Aufforderung und die mißlungene Anstiftung wie sogar das öffentlich erfolgte Sichanerbieten zu einer solchen That unter keine mir bekannte Strafdrohung des französischen Rechtes subsumiert werden könnte. Auch nach geltendem österreichischen Strafrechte würden, abgesehen von dem nur auf Rußland anwendbaren § 66 Abs. 2, das Komplott und das Sichanerbieten straflos sein, während wenigstens die mißlungene Anstiftung der von der österreichischen Theorie soviel angefochtenen Strafdrohung des § 9 unterliegen würde und eine öffentliche an das Publikum im allgemeinen gerichtete Aufforderung zu einer That dieser Art nach § 305 bestraft werden könnte. Im österr. Strafgesetzentwurfe würde hier die dem § 102 des d. R.St.G.B. analoge Strafdrohung des § 110 in Betracht kommen. In denselben müßten aber, wenn man überhaupt eine so umfassende Strafdrohung beibehalten will, um einer Kontroverse ähnlich derjenigen, welche sich an den § 102 des deutschen R.St.G.B. in seiner ursprünglichen Fassung vor der Novelle von 1876 knüpfte,<sup>2)</sup> vorzubeugen, die Worte „insoferne nicht auf dieselbe ein strengeres Strafgesetz Anwendung findet“ (vgl. § 66 Abs. 1 des geltenden österr. St.G.B.), eingeschaltet werden. Nur dadurch würde nämlich jeder Zweifel daran abgeschnitten, daß Mord und Mordversuch, wenn an dem Oberhaupt eines fremden Staates verübt, denselben Strafen unterliegen, wie wenn sie gegen irgend einen Privaten begangen werden und die Meinung ausdrücklich verworfen, daß derjenige, welcher einen fremden Souverän zu ermorden versucht, wie man dies sonst insbesondere mit Rücksicht auf § 92 Abs. 5 behaupten könnte, nur mit Staatsgefängnis bestraft werden dürfe.

<sup>2)</sup> Vgl. hierüber z. B. Schuppe, Lehrbuch S. 254; John in v. Holtendorff's Handb. III S. 18; Motive zur deutschen Strafgesetznovelle von 1876 zu § 102 unter I.

Das ungarische Recht, welches weder eine dem § 102 des R.St.G.B., noch eine dem § 49 a. b. R.St.G.B. und auch nicht einmal eine dem § 9 des österr. St.G.B. entsprechende Bestimmung enthält, steht in dieser Beziehung auf derselben Stufe wie der Code pénal, ermangelt aber auch außerdem noch einer so scharfen Strafandrohung gegen öffentliche Aufforderungen, wie sie das französische Preßgesetz Art. 24 enthält. (Vgl. § 171, in welchem die absolute Ausschließung jeder härteren Freiheitsstrafe als der des Staatsgefängnisses gewiß Billigung nicht verdient. Vgl. auch § 174, welcher Gefängnisstrafe, wenn auch von kürzerer Dauer, androht.) Strafe könnte daher nur eintreten unter den obengedachten Voraussetzungen des § 288. Nach dem kroatischen Entw. wäre § 258 anwendbar.

Das italienische Recht ist ebenfalls auf Anregung der französischen Regierung und aus Anlaß des Falles Bernard dahin amendiert worden, daß jetzt, seit der Revision des sardinischen St.G.B. von 1839 durch das Gesetz vom 20. November 1859, nach Art. 176 des neuen C. p. pel regno d'Italia wenigstens die Verschwörung gegen das Leben des Chefs einer fremden Regierung, wenn sie durch die Ausführung des Verbrechens vorbereitende Handlungen manifestiert ist, mit relegazione bis zu 10 Jahren bestraft wird. Derjenige, welcher ein solches Attentat vorbereitet, ohne sich mit andern zu diesem Zwecke verschworen zu haben, bleibt sonach ebenso straflos wie derjenige, der einen andern anstiften will, ohne daß dieser darauf eingeht, oder wie diejenigen, welche sich zwar zunächst zu einem solchen Unternehmen verabreden haben, später aber zu keiner Vorbereitungshandlung geschritten sind. Nur in den nördlichen Provinzen, in welchen der Codice Sardo unverändert gilt, würde in den beiden letzteren Fällen der oben erwähnte Art. 99 gegen den Anstifter supplementär zur Anwendung kommen können; und zwar ohne jeden Zweifel, wenn der Anstifter ein Italiener ist. Ist er aber ein Fremder, so würde der Umstand, ob das Gericht die im Inlande unternommene Anstiftung zu einem im Auslande zu verübenden Verbrechen als ein im Inlande oder als ein im Auslande verübtes Verbrechen betrachtet, entscheidend sein. Nur unter Voraussetzung der ersteren Annahme, welche insbesondere mit Rücksicht darauf, daß ja in einem solchen Fall die Anstiftungsthätigkeit als Delictum sui generis in Betracht kommt, zwar die allein haltbare, aber nicht die allein denkbare ist, könnte eine Verfolgung im Inlande stattfinden. Würde das Verbrechen aber als ein im Auslande verübtes aufge-

jaßt, ſo wäre die Verfolgung deſſelben nach Art. 9 ausgeſchloſſen, weil es gegen einen Ausländer gerichtet war. Der Art. 146 § 2 des *progetto Vigliani* ſtimmt weſentlich mit dem geltenden Rechte überein, nur daß er die Vorausſetzung, daß die Vorbereitungshandlungen im Inlande verübt ſein müſſen, inſondere hervorhebt und daß er die Strafe auf *relegazione* von 5—10 Jahren normiert. Außerdem hebt Art. 146 § 1 noch ausdrücklich hervor, daß auch jedes im Inlande verübte Attentat gegen das Leben eines fremden Staatsoberhauptes, d. h. jede Handlung, durch welche im Inlande der Anfang irgend eines Unternehmens gemacht wird, durch welches ein ſolcher Angriff ausgeführt werden ſoll (Art. 123 § 1), in Italien ſtrafbar und zwar ſchwerer ſtrafbar ſei als ein Verſuch eines gemeinen Mordes. Die Lücken, welche das geltende Recht läßt, werden alſo auch durch dieſen Entwurf nicht völlig ausgefüllt.

Zufriedenſtellend ſind die Beſtimmungen des niederländiſchen St.G.B. Art. 115 und 116, nach welchen das Unternehmen gegen das Leben oder die Freiheit eines regierenden Fürſten oder andern Oberhauptes eines befreundeten Staates mit Gefängnis bis zu 15 Jahren (unter erſchwerenden Umſtänden auf Lebenszeit) und jeder thätliche Angriff gegen dieſelben mit Gefängnis bis zu 6 Jahren und ſtrengen Ehrenfolgen (Art. 120 Abſ. 1 und 2) beſtraft wird.

Nach dem belgiſchen Geſetze vom 12. März 1858 (*Loi concernant les crimes et délits portant atteinte aux relations internationales*, mitgeteilt bei Gobdyn u. Mahiels S. 235 ff.) Art. 1 wird das Attentat gegen die Perſon des Chefs einer fremden Regierung zum mindeſten mit *travaux forcés* beſtraft und iſt Attentat anzunehmen, wenn der verbrecheriſche Entſchluß durch äußerliche Handlungen kundgegeben wurde, welche einen Anfang der Ausführung bilden, und weder abgebrochen wurden noch ihren Erfolg aus andern als von dem Willen des Urhebers unabhängigen Gründen verfehlt haben. Art. 2 bedroht das von einer Vorbereitungshandlung gefolgte Komplott gegen die gedachten Perſonen mit der Strafe der *réclusion*. Art. 5 erklärt die Denunziation der Komplizen für einen Strafaufhebungsgrund.

Nach ruffiſchem Rechte findet ſelbſtverſtändlicherweiſe der oben citierte Art. 260 ſeine Anwendung und iſt daher jeder böswillige Anſchlag gegen die ſouveräne Gewalt eines fremden Staates in dem im § 242 bezeichneten Umfange ſtrafbar. Der gedrohten Strafe verfällt daher auch derjenige, der nur „durch mündliches oder ſchrift-

liches Aussprechen seiner Gedanken und Entwürfe hierüber — nämlich über einen Anschlag wider das Leben, die Gesundheit oder die Ehre des Zaren bez. des fremden Staatsoberhauptes, über ein Vorhaben, ihn vom Throne zu stoßen, der Freiheit und souveränen Gewalt zu berauben, oder die Rechte dieser zu beschränken, oder seiner geheiligten Person irgend welchen Zwang anzuthun, § 241 — oder auf andre Weise zu irgend einer dahin zielenden Vorbereitung geschritten ist."

Umfassende Strafdrohungen enthält auch das dänische Recht (St.G.B. Art. 82), indem es denjenigen, der irgend eine Handlung vornimmt, welche darauf abzielt, einen fremden, in Freundschaft mit dem Könige lebenden Regenten des Lebens zu berauben, mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Strafarbeit, unter mildernden Umständen mit Strafarbeit nicht unter 3 Jahren bedroht, während Abs. 2 und 3 desselben § auch gegen andre Angriffe wider die Person, gegen Bedrohungen und Beschimpfungen solcher Regenten schwere Strafen statuieren.

Im Gegensatz hierzu gedenkt das schwedische St.G.B. der Attentate gegen fremde Souveräne nur unter der Voraussetzung, daß dieselben während des Aufenthaltes des betreffenden Souveräns im Inlande erfolgen, als ausgezeichnete Delitte (Kap. 8 § 27).

Nach normwegischem Rechte genügt es, daß der fremde Souverän sich innerhalb der vereinigten Reiche befindet. (Kap. 9 § 28; vgl. Goos, Den nordiske Strafferet, p. 17.)

Der Schweizer Bundesassisenhof endlich hat 1879 in dem Prozesse gegen die Herausgeber der „Avantgarde" den Art. 41 des Bundesgesetzes vom 4. Hornung 1853 auf die öffentliche Aufforderung zum Königsmorde für anwendbar erachtet und den Redakteur der genannten Zeitung nach Vorschrift dieses Artikels verurteilt (Hornung in seinem Berichte für das Institut de droit international. Annuaire 1879 und 1880. I p. 321.)

Aber alle diese Spezialgesetze entsprechen nicht völlig ihrer Aufgabe.

Selbst wenn wir uns gar nicht von dem traurigen Kapitel politischer Mordthaten entfernen und wenn wir nicht daran erinnern wollen, daß ja auch, allerdings seltener als gegenüber politisch thätigen Personen, gegenüber andern Personen ein Mord in einem andern Staate vorbereitet werden kann als in jenem, in welchem er nachher zur Ausführung kommen soll, dürfen wir doch nicht darauf vergessen, daß ganz dieselben Motive, wie sie zu Mordanschlägen gegen die

Oberhäupter auswärtiger Staaten verleiten, doch auch zu Mordanschlägen gegen andre politisch wirksame Personen, gegen Regenten, Thronfolger, Staatsmänner, Feldherren bestimmen können. Warum also die kasuistische Begrenzung dieser Strafbrohungen auf Angriffe gegen das Leben der Chefs fremder Regierungen oder, wie nach dem d. R.St.G.B. sogar mit Ausschluß der Präsidenten von Republiken, blos der fremden „Landesherrn“?

Wenn man sich nicht entschließen kann, den § 49 a des deutschen Strafgesetzes mit den oben angedeuteten Einschränkungen zu rezipieren, so ist doch zweierlei kaum zu verkennen: fürs erste, daß ein Strafgesetz notwendig ist, wenn auch nicht gegen die mißlungene Anstiftung und gegen das Sichanerbieten zur Verübung eines jeden, so doch der allerschwersten Verbrechen; — fürs zweite aber muß jeder Zweifel darüber behoben werden, ob im Inlande verübte Handlungen, welche sich als Anstiftung oder Beihilfe zu einem im Auslande ausgeführten Verbrechen darstellen, im Inlande verfolgt und bestraft werden können. Es müßte daher von jenen Gesetzgebungen, welche die Verfolgung der Ausländer wegen im Auslande verübten Delikten nicht zulassen, die Kontroverse, ob derjenige, der vom Inlande aus zu einem im Auslande verübten Verbrechen anstiftete oder zu dessen Ausführung beihalf, sein Verbrechen im Inlande oder im Auslande beging, im Sinne der ersteren Annahme entschieden werden, weil sich sonst der Justizskandal der Freisprechung von Angeklagten wie Bernard notwendig wiederholen müßte. In betreff einer mißlungenen Anstiftung kann, wenn dieselbe strafbar ist, die Bejahung der Frage, ob der wegen derselben Angeklagte sein Verbrechen dort verübt habe, wo er thätig war, oder dort, wo der Anzustiftende thätig werden sollte, im Sinne der ersteren Alternative, wie bereits oben gesagt, kaum zweifelhaft sein.

Auf welchem Wege die in diesen Punkten dringend notwendige Reform des Strafrechtes der meisten europäischen Staaten angebahnt werden solle, ist eine Frage, welche nur von einem praktisch thätigen Staatsmanne beantwortet werden kann. Nur er kennt sowohl die vielen Kleinlichen als auch die mancherlei gewichtigeren Bedenken, welche bisher diese Reform verzögert haben; nur er kennt aber auch die Mittel, diese Bedenken zu überwinden.

Bloß vor einem Wege, den man für zweckdienlich halten könnte, möchte ich warnen. Es liegt insbesondere dem Diplomaten, welcher etwa an das Studium dieser Frage herantritt, nahe, die Reciprozitätsklausel, welche sich nach vielen Richtungen so wirksam erweist, auch

hier zur Abhilfe vorzuschlagen: dadurch also auf die Gesetzgeber der fremden Staaten eine Pression üben zu wollen, daß man in unsern Gesetzen von unserm Gebiete aus verübte Angriffe gegen den Chef bezw. gegen die Unterthanen eines fremden Staates nur insoweit mit Strafe bedroht, als eben dieser fremde Staat in seinen Gesetzen auch die von seinem Gebiete ausgehenden Angriffe gegen unser Staats- überhaupt und gegen unsre Mitbürger für strafbar erklärt. Aber dadurch, daß man die Strafbarkeit eines der oben besprochenen Delikte von dem für die Schuld des Thäters völlig gleichgültigen Umstande abhängig macht, ob der Staat des Angegriffenen Reciprozität gewährt oder nicht, drückt man ein wahres und echtes, ein „natürliches“ Verbrechen auf das Niveau einer willkürlich geschaffenen Polizeiübertretung herab und schwächt die Kraft der in der Strafandrohung enthaltenen sittlichen Reprobation des Deliktes in m. E. unverantwortlicher und bedenklicher Weise. Es hat dies auch noch die weitere beklagenswerte Folge, daß unser Staat genötigt wird, eine auf seinem Gebiete verübte, nach seinem Urtheile verbrecherische That bloß deshalb straflos ausgehen zu lassen, weil ein andrer Staat Thaten des entsprechenden Charakters nicht verfolgen will. Es ist aber sehr fraglich, ob nicht unter Umständen der moralische Schaden, welcher aus der Straflosigkeit solcher Angriffe erwächst, für jenen Staat, in welchem das Attentat vorbereitet wurde, ebenso empfindlich ist, als für jenen, gegen dessen Souverän bezw. Unterthanen es geplant war. Die Folge dieses Erfordernisses der Reciprozität ist es, daß z. B. nach deutschem Strafrechte Vorbereitungen zur Ermordung eines fremden Souveräns nur strafbar sind, wenn es sich um ein Attentat auf den König der Niederlande oder auf den Zaren handelt und unter Umständen (im Falle einer Verschwörung nämlich), auch wenn der Angriff gegen die Souveräne von Italien, von Großbritannien oder von Belgien gerichtet wäre.

Mit der Reciprozitätsklausel entfällt aber wohl auch die Möglichkeit, einen internationalen Vertrag im Sinne des bekannten Windthorst'schen Antrages zustandezubringen; denn gerade die Hoffnung, dessen Vorteile zu genießen, während man ihrer sonst entbehren müßte, wäre das Motiv für die Abschließung eines solchen Vertrages.<sup>3)</sup> Aber so lange man es bloß in dem Sinne und aus dem

<sup>3)</sup> Im übrigen befinde ich mich, wie aus den obigen Ausführungen hervorgegangen sein dürfte, mit den drei ersten Anträgen Windthorst's — vom vierten wird in der Lehre von der Auslieferung die Rede sein — im Einklange nur



Grunde für nützlich hält, die Aufforderung zur Ermordung fremder Souveräne zu bestrafen, weil man dadurch einen Anspruch auf eine reciproke Strafandrohung erwirbt, so lange selbst die Gesetzgeber nicht darüber übereingekommen sind, daß eine solche Aufforderung wie die zur Ermordung jedes andern bestimmt bezeichneten Menschen eine an und für sich strafwürdige Handlung ist, so lange wird eine solche Strafandrohung unwirksam bleiben. Was erstrebt werden muß, ist das Aufgeben jener doktrinären Vorurteile gegen die Bestrafung einer mißlungenen Anstiftung, welche sich aus den Zeiten eines entarteten Inquisitionsprozesses auf unsere Juristengeneration vererbt haben. Mögen daher die Gesetzgeber jener Staaten, die keinen Anlaß haben, dem von ihnen selbst geordneten Strafverfahren allzu sehr zu mißtrauen, entschlossenen Schrittes vorangehen und die hier besprochenen Thaten mit Strafe bedrohen. Die Gesetzgeber der übrigen Staaten werden ihnen, sobald es nach dem Stande der Reform ihres Strafprozesses möglich wird, sicherlich folgen.

Aber auch, wenn man die Strafbarkeit der mißlungenen Anstiftung und des Sichanbietens zum Morde als gemeinsames Recht voraussetzt, scheint es mir doch noch notwendig, wenigstens in einer Richtung in bezug auf Delikte gegen ausländische Souveräne ebenso über das gemeine Recht hinauszugehen, wie dies nach allen Gesetzgebungen monarchischer Staaten in bezug auf Delikte gegen den Souverän des Inlandes der Fall ist. Die Gesetzgebungen der Staaten des europäischen Continents stimmen darin überein, daß sie Handlungen, durch welche die Ausführung eines geplanten Mordes nur vorbereitet und nicht schon versucht wird, im allgemeinen nicht mit Strafe bedrohen, und zwar deshalb, weil der Charakter dieser Handlungen an und für sich ein äquivoker ist, weil sie nicht schon ihrer regelmäßigen Bestimmung nach zum Zwecke eines Mordes verübt werden, sondern eben so gut auch aus völlig legalen Motiven, zu völlig legalen Zwecken entäußert werden mögen und weil daher erst aus den sie begleitenden Umständen die Absicht, in welcher sie im konkreten Falle unternommen worden, erkannt werden kann. Man vergißt hierbei aber, daß auch aus jenen Handlungen, welche man als Versuchs-

---

zwei Bemerkungen kann ich nicht unterdrücken. Ich vermiße zuerst eine Strafandrohung gegen den nicht öffentlich erfolgten mißlungenen Anstiftungsversuch. Und zum zweiten scheint es mir, als ob die Bedrohung aller, welche an einer Verabredung zum Königsmorde nur irgendwie teilgenommen, doch zu weit ginge. Vgl. darüber den Text S. 425, a. E.

handlungen zu bezeichnen und den bloßen Vorbereitungen entgegenzusetzen pflegt, die verbrecherische Absicht nicht an und für sich bewiesen werden könne, sondern daß man auch bei ihnen den Beweis des Dolus außerhalb der Versuchshandlung, in den dieselbe begleitenden Umständen, suchen müsse. (Moment objektiver Gefährlichkeit, S. 32 f.) Es wäre nicht einmal richtig, Versuchshandlungen und Vorbereitungshandlungen dadurch unterscheiden zu wollen, daß die ersteren immer eines geringeren Apparates von außerhalb der infriminierten That liegenden Indizien für die verbrecherische Absicht bedürften als die letzteren. Allerdings aber wird es bei Anklagen wegen bloß vorbereitender Handlungen besonders häufig sich ereignen, daß alle jene Beweise, welche die Anklage etwa dafür produziert, daß der Angeklagte mit diesen Handlungen den ihm zur Last gelegten kriminellen Zweck und nicht etwa einen indifferenten Zweck verfolgt habe, nicht ausreichen, um die Überzeugung von seiner Schuld zu begründen. Selbst wenn der Angeklagte geständig ist, wird man zwar kaum bezweifeln können, daß er in dem betreffenden Momente die von ihm selbst eingestandene Absicht hegte, wohl aber wird es zweifelhaft sein können, ob er in dieser Absicht bis zur Beendigung jener Thätigkeiten verharret hätte, welche er noch hätte entäußern müssen, um den betreffenden Erfolg zu verwirklichen.

Wegen der Unzuverlässigkeit der Indizien dafür, daß eine solche That, welche nicht schon in ihrer unmittelbaren Beschaffenheit und in ihren unmittelbaren Wirkungen einen Hinweis auf die verbrecherische Absicht, in welcher sie unternommen worden, enthält, im betreffenden Falle zu keinem andern Zwecke, als dem der Vorbereitung eines Verbrechens entäußert wurde, schließen die modernen Gesetzgebungen in aller Regel die Verfolgung und Bestrafung solcher Thaten als Verbrechen aus. Nur ausnahmsweise ordnen sie die Bestrafung der Vorbereitungen solcher Delikte an, welche zu einzelnen besonders hervorgehobenen Gattungen gehören. Es geschieht dies zum Teil wegen der Schwere dieser Verbrechen, zum Teil aber, und dieser Grund scheint mir der entscheidende, deshalb, weil Vorbereitungen eben dieser Verbrechen, so z. B. der Münzfälschung oder der Leistung eines falschen Eides, einen besonders prägnanten Charakter an sich tragen, aus welchem die verbrecherische Absicht zuverlässig zu erkennen ist. Und so wird auch, wenn es sich um einen Anschlag zur Ermordung eines Souveräns handelt, der Beweis, daß das dem Angeklagten nachgewiesene Verhalten, der overt act im Sinne des englischen Rechtes, gerade zum

Zwecke der Vorbereitung dieses Verbrechens und nicht zu einem indifferenten oder zu einem legalen Zwecke entäußert worden sei, wenigstens unter Umständen mit einem Maße von Zuverlässigkeit geführt werden können, welches kaum denkbar ist, wenn es sich um die Vorbereitung der Ermordung eines Privatmannes handelt. Da der Zutritt zu Souveränen in der Regel beträchtlich erschwert, der Schutz derselben gegen Gefahren besonders organisiert ist, nötigt dies denjenigen, der ein Attentat gegen einen Souverän vorbereitet, zu besonderen Veranstaltungen, aus welchen seine Absicht schon in einem früheren Stadium seines Verhaltens mit jener Sicherheit und Zuverlässigkeit zu erkennen sein mag, welche regelmäßig nur erst aus einem Versuche sich ergibt.<sup>1)</sup>

Komplizierte Vorbereitungshandlungen, aus welchen die Absicht ihrer Existenz und wahrscheinlichen Dauerbarkeit nach mit derselben Gewißheit erschlossen werden kann, wie aus einem Versuche, blos deshalb straflos zu belassen, weil sie eben — Vorbereitungshandlungen sind, wäre eine Justizverweigerung aus Pedanterie. Natürlich folgt aber aus der Möglichkeit einer Verfolgung dessen, der sich mit einer Handbombe im Sack in das Palais eines Souveräns durch erwiesenermaßen unwahre Vorpiegelungen eingeschlichen hat und in dessen Besitze von der Ermordung dieses Souveräns handelnde Briefe gefunden werden, keineswegs, — ich bemerke dies ausdrücklich, weil ich diese Einwendung als Gegen„argument“ vorhersehe — daß auch jeder bestraft werden dürfe, gegen welchen ein verdächtiges Subjekt die sonst durch nichts bewiesene Aussage abgibt, daß er sich seinen Revolver zu keinem andern Zwecke als dem der Ermordung eines Souveräns gekauft habe.

Daß die Prüfung des Beweises bei einer Anklage auf Vorbereitung eines Verbrechens ein noch höheres Maß von Kritik erfordert als bei Anklagen auf Versuch, ist evident. Es ist daher völlig zu billigen, daß man im allgemeinen eine Verfolgung wegen Vorbereitung eines

<sup>1)</sup> Daß auch die Bestrafung des nicht beendeten Versuches nur auf einer Präsumtion beruht, auf der Vermutung nämlich, daß der Thäter, wenn er nicht durch äußere Hinderung unterbrochen worden wäre, auf die Vornahme jener Handlungen, welche er zur Bewirkung des Erfolges noch hätte vornehmen müssen, nicht durch freiwilligen Entschluß verzichtet hätte, glaube ich in meiner oben citierten Monographie: Das Moment objektiver Gefährlichkeit S. 70 ff. im Anschlusse an Rossi nachgewiesen zu haben. Hieraus ergibt sich aber, daß jene Klust, welche nach der Meinung der herrschenden Lehre die Vorbereitungshandlungen von dem nicht beendeten Versuche, über dessen Strafbarkeit doch alle einig sind, trennt, in Wahrheit nicht so breit und so tief ist, als man gewöhnlich annimmt.

Verbrechens nicht zuläßt, daß man also, um die Justiz vor der Gefahr vieler, noch dazu schwer aufzudeckender Irrtümer zu bewahren, auf die Verfolgung mancher strafwürdiger Thaten verzichtet. Nur vermag ich es nicht zu billigen, wenn man die vorbereitenden Handlungen auch rücksichtlich jener Deliktarten, bei welchen dieselben besonders häufig den ihnen sonst eigentümlichen zweideutigen Charakter verlieren, bei welchen also auch schon aus dem äußeren Thatbestande (ex re) derselben der Dolus als ein intensiver und vermutlich dauerhafter nachgewiesen werden kann, ganz allgemein, somit auch in jenen Fällen, in welchen der Dolus mit dem uns überhaupt zugänglichen Maße von Gewißheit nachweisbar ist, von Strafbarkeit eximieren will. Wenn es nach dem geltenden österreichischen,<sup>\*)</sup> ungarischen, französischen, italienischen, schwedischen und norwegischen Rechte unmöglich ist, denjenigen zu verfolgen, der in der zweifellos erwiesenen Absicht, den Souverän eines befreundeten Staates zu ermorden, sich eine Höllenmaschine hat anfertigen lassen und, während er im Begriffe ist, an jenen Ort zu reisen, wo er seinen Plan ausführen will und wo er auch vielleicht schon allerlei Anstalten zu dessen sicherer Vollführung selbst getroffen oder durch Andre hat treffen lassen, festgehalten wird, so kann diese durch die Gesetzgebung der gedachten Staaten vorgeschriebene Justizverweigerung doch nur dazu dienen, jene Anschauung zu bestärken, daß Souveräne nicht bloß nicht mehr sakrosankt, sondern vielmehr vogelfrei seien, daß es kein Unrecht sei, gegen sie Angriffe zu verüben, von denen niemand bezweifelt, daß sie, wenn gegen den schlichtesten Privatmann gerichtet, schwere Verbrechen sind, während es doch dringend nötig wäre, jene herostratische Eitelkeit möglichst zu dämpfen, welche ab und zu irgend einen Unerbessenen verlockt, durch ein Verbrechen seinen Namen in die Weltgeschichte einzuschmuggeln.

Zu weit gegriffen aber scheint es mir, wenn man überhaupt jeden bestrafen wollte, gegen den der Beweis zu erbringen ist, daß er sich in eine Verabredung zur Ermordung eines auswärtigen Souveräns eingelassen habe, ohne daß er aber irgendwie, weder durch Anstiftung andrer noch durch Vorbereitungen, thätig geworden wäre, wie dies in der Konsequenz des § 102 d. R.St.G.B., des Art. 260

<sup>\*)</sup> Nur wenn es sich um ein Attentat gegen den Zaren handelt, würde § 66 Abs. 2 hierauf Anwendung finden. Im übrigen darf man aber nicht übersehen, daß nach dem geltenden österr. St.G.B. § 8 manche That Versuch konstituiert, die nach französl. und deutschem Rechte und selbst nach dem österr. St.G.Entw. nur Vorbereitung wäre.

russischen St.G.B., des § 110 österr. St.G.-Entw. und des Windthorst'schen Antrages liegt. Der Umstand allein, daß jemand einem andern versprochen hat, ihn, wenn dieser ihn rufen werde, bei seinem Vorhaben zu unterstützen, ist ein zu unzuverlässiger Beweis für die Ernstlichkeit des Entschlusses, die betreffende versprochene Thätigkeit zu entwickeln, als daß man auf dieser Grundlage auf eine Strafe erkennen könnte. Wenn alle Geseze monarchischer Staaten die Teilnahme an einer solchen Verabredung gegen das Leben des inländischen Souveräns mit Strafe bedrohen, so ist diese Strafandrohung mehr gegen die in dem Denken einer solchen That gelegene Verletzung der dem inländischen Souverän geschuldeten besonderen Ehrerbietung gerichtet als gegen die aus einer solchen Teilnahme fast niemals erweisbare Gefährdung desselben. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß ein Gesetz, welches die bloße Teilnahme an einer Verschwörung bestraft, damit unter Androhung von Strafen die Denunziation solcher Verschwörungen und zwar in einem Stadium fordert, in welchem es dem Teilnehmer noch sehr zweifelhaft sein mag, ob die Sache irgend ernst und gefährlich sei.

## V.

Das Strafrecht eines jeden Staates bedroht eine mehr oder weniger große Anzahl von Handlungen, welche in ihren unmittelbaren Wirkungen die Rechte des Staates entweder gar nicht oder nur unerheblich schädigen, welche aber geeignet sind, in ihren entfernteren Folgen, in den Gesinnungen und Stimmungen, die sie im Publikum erregen, dem Staate schweren Schaden zuzufügen. Gewisse dieser Handlungen, namentlich jene symbolischen Charakters, bedürfen auch fremden Staaten gegenüber der rechtlichen Ahndung. Es ist bekannt, eine wie wichtige Rolle die internationale Courtoisie im Völkerrechte spielt. Nur das unentbehrliche Seitenstück dieser von Staats wegen erwiesenen Courtoisie ist es, daß Beleidigungen, auch symbolische Beleidigungen, welche der Regierung und Vertretung eines fremden Staates zugefügt werden, nicht ungeahndet bleiben dürfen. Sind doch die Folgen solcher Beleidigungen, insbesondere die Folgen von Verletzungen und Beschimpfungen, welche den Vertretern des fremden Staates zugefügt worden, möglicher Weise äußerst schwere. Ich brauche wohl nur an drei bekannte, aus derselben Stimmung hervorgegangene Ereignisse und an deren Folgen zu erinnern: an die Insultierung der französischen Fahne auf dem Botschaftspalais Bernadotte's in Wien, an die Ermordung des Generals Duphot in Rom und der beiden Ge-

sandten Bonnier und Roberjeot vor den Thoren von Raftadt. Zwar sind Thaten dieser Art nicht notwendigerweise von politischem Charakter; da sie es aber in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle sind, so würde eine Übergehung derselben eine Lücke in der gegenwärtigen Darstellung belassen.

Gegen symbolische Insulten, wie sie in dem erstgedachten Fall vorlagen, richtet sich die durch die Novelle von 1876 in das deutsche Strafgesetz eingefügte Bestimmung des § 103 a, kraft welcher an Geld bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft wird, wer ein öffentliches Zeichen der Autorität oder ein Hoheitszeichen eines auswärtigen Staates (z. B. ein zur Bezeichnung der Grenzen oder eines Amtsflokales bestimmtes Wappen) böswillig wegnimmt, zerstört oder beschädigt oder beschimpfenden Unfug an ihm verübt. Ähnlich ist die an die Voraussetzung der Reciprozität und des Strafantrages von seiten des fremden Staates geknüpfte Strafsanktion des schweizerischen Bundesgesetzes Art. 42 gegen öffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes (oder seines Souveräns oder seiner Regierung), da ja eine solche Beschimpfung wie jede andre gewiß auch durch symbolische Handlungen verübt werden kann. Ebenso bedroht auch das dänische St.G.B. Art. 82 Abs. 4 nicht bloß die durch Worte und bildliche Darstellungen, sondern auch die durch Zeichen erfolgte Beleidigung fremder, in Freundschaft mit dem Könige stehender Mächte mit Gefängnis, ev. mit Geldstrafen<sup>1)</sup>.

Aus demselben Gesichtspunkte empfiehlt es sich auch, hinsichtlich jener Ehrenkränkungen, welche gegen im Inlande akkreditierte diplomatische Vertreter fremder Mächte öffentlich verübt werden, von einigen der sonst rücksichtlich der Delikte gegen die Ehre geltenden Grundsätze abzugehen: nämlich 1) die Verfolgung zwar durch die inländische Strafverfolgungsbehörde, aber nur über amtlichen Antrag des betreffenden Gesandten oder Geschäftsträgers eintreten zu lassen,<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Was den Thatbestand betrifft, so sind natürlich wirkliche Beleidigungen vorausgesetzt. Nur Parteiliebe war es, wenn Cussy eine Beleidigung der neapolitanischen Flagge darin erblicken wollte, daß die Bevölkerung von Livorno sich Ende Januar 1848 einmütig weigerte, dem auf der dortigen Rheide liegenden neapolitanischen Kriegsschiffe „Nettuno“ Kohlen und Wasser zu liefern, so daß der genannte Dampfer nach mehrtägigen Verhandlungen von Livorno absegeln mußte. (Cussy, phases et causes célèbres du droit maritime. II. p. 48 ff.)

<sup>2)</sup> Vattel, Droit des gens L. IV. ch. 7 s. 81, Phillimore, l. c. P. VI. ch. 4 § 142 (I. Aufl. II. S. 157) und Bluntschli § 193 legen mit Rücksicht  
Zeitschrift f. d. ges. Strafrechtsw. III. 28



2) die Zulässigkeit einer Kompensation der Strafen bei wechselseitigen Injurien auszuschließen und 3) das Strafminimum zu erhöhen. Die meisten der bestehenden Gesetzgebungen verwirklichen ausdrücklich nur den letzten Vorschlag.<sup>3)</sup> Das ungar. St.G.B. schließt zudem den Wahrheitsbeweis aus, § 264 al. 1. Hinsichtlich der in der Anmerkung zuerst genannten Gesetze, welche die Beleidigung der

darauf, daß die Heiligkeit der Gesandten ein direktes internationales Interesse ist, nicht bloß dem Staate des verletzten Gesandten, sondern jedem Staate das Recht, Bestrafung der Übeltäter zu fordern, bei. Doch anerkennt, wohl im Widerspruche hiernit, Phillimore unmittelbar nachher § 144 die Berechtigung des Souveräns des verletzten Gesandten, auf die Verfolgung zu verzichten.

3) D. R. St. G. B. § 104, österr. Entw. § 112, russisches St. G. B. Art. 261, dänisches St. G. B. Art. 83, schwed. St. G. B. Kap. 8 § 27 und 28, welches letztere auch auf an Gesandten verübte Körperverletzung und Totschlag erhöhte Strafen, im letzteren Falle sogar Todesstrafe droht, portugies. St. G. B. Art. 159, belgisches Gesetz vom 12. März 1858 Art. 6 und 7, niederl. St. G. B. Art. 118—120, ital. St. G. Entw. in der vom Senate acceptierten Fassung Art. 148 (vgl. Garantiegesetz v. 13. Mai 1871 Art. 11 bei Pincherle, S. 366), die letzten drei Gesetze jedoch nur im Falle vorsätzlicher Beleidigung der gedachten Personen in Ausübung ihres Amtes oder wegen derselben; schweizer. Bundesgesetz vom 4. Nov. 1853 Art. 43; französ. Gesetz über die Freiheit der Presse vom 29. Juli 1881 Art. 37, nach welchem es aber infolge der Wahl des Terminus outrage zweifelhaft ist, ob diese Strafandrohung nicht auf den Fall einer dem Beleidigten ins Gesicht oder doch wenigstens in seiner Gegenwart ihm zugefügten Injurie beschränkt ist. (Vgl. die eingehende Darstellung der Kontroverse über den Sinn von outrage in Rypels' Ausgabe von Chauveau und Hélie Nr. 2060 ff. I S. 613, insbesondere Dupins Réquisitoire, Morins Abhandlung und die Judikate belgischer Gerichte: Note 7 zu Nr. 2060 und Note 1 zu Nr. 2061. Doch scheint die Stellung dieses Strafgesetzes in einem wesentlich gegen Preßdelikte gerichteten Gesetze für das französische Recht ebenso wie für das belgische, in welchem Art. 6 des Gesetzes vom 12. März 1858 ausdrücklich auf einen weiteren Sinn des Wortes hindeutet, eine ausdehnende Interpretation zu rechtfertigen, wie eine solche auch Faivre und Vénioit-Lévy in ihrem Code manuel de la presse p. 180 vertreten.) Ausdrücklich aber fordert das französische Recht ebenso wie das russische die Öffentlichkeit der zu verfolgenden That. Eine Erhöhung des Strafmaximum ist wegen Realinjurien zulässig nach der amerikanischen Kongressakte vom 30. April 1790 sect. 25 und 26 (Kent, commentaries I p. 183). Unter keinen strengeren Straffatz als jede andre Beleidigung fällt die That nach dem geltenden österr. St. G. B. (vgl. jedoch § 494a.), nach dem ungarischen St. G. B., dem kroatischen Entw. und dem Luxemburg. St. G. B. Die drei letztgenannten Gesetze haben allerdings nur geringeren Anlaß, dieses Delikt auszuzeichnen, da in ihrem Geltungsgebiete Gesandte sich nur vorübergehend aufhalten. In bezug auf englisches Recht vgl. die Anmerkung 4. Ein Statut Richard II, nach welchem Tötung eines Gesandten Hochverrat war, ist längst aufgehoben. H. J. Stephen, Commentaries IV. 230 (edit. 1858).

Gesandten im Zusammenhange mit den Delikten gegen das Völkerrecht, losgelöst von den sonstigen Fällen einer Ehrenbeleidigung, behandeln, ist es zweifelhaft und wohl auch bestritten, ob auf Delikte dieser Art die allgemeinen Grundsätze über Delikte gegen die Ehre überhaupt anwendbar seien, oder ob denselben durch die abgesonderte Stellung dieser Delikte im Gesetze derogiert sei und dadurch also die oben erwähnten Forderungen verwirklicht seien. Jedenfalls kann man das letztere nicht hinsichtlich des österr. St.G.B. und des kroatischen Entw. annehmen.

Ganz exorbitante, freilich obsolete Strafandrohungen gegen die Verletzung der den fremden Gesandten nach Völkerrecht zustehenden Immunitäten enthält das durch die Verhaftung des russischen Gesandten Grafen Ratuschikoff veranlaßte Statut 7. Anne c. 12 (Vgl. Kent l. c. S. 183, Stephen, Digest, Art. 96 ff. und S. XXXII, Laurent, droit civil internat. III p. 34 ff.). Sonst enthalten noch Strafgesetze gegen die Verletzung der Privilegien der Gesandten das portugies. (C. p. 159) und das spanische Recht (C. p. Art. 155).

Es dürfte genügen, wenn nur der jeweilige Chef der betreffenden Mission, also der Gesandte bez. der Chargé d'affaires dieses erhöhten Strafschutzes genießt. Anders verhält sich dies z. B. nach dem citierten portugiesischen St.G.B. verb: „contra a pessoa de qualquer diplomatico estrangeiro“, vielleicht auch nach schwedischem Rechte. Häffter freilich bezieht alle einschlagenden Strafgesetze auf Verletzungen aller „jener Personen, welche zu der Begleitung des Gesandten in der betreffenden Eigenschaft gehören und zu derselben (also wohl zur zeitweiligen Stellvertretung) legitimiert werden können“. (§ 204). Die meisten der citierten Gesetze gehen aber nicht so weit, indem sie nur von Beleidigungen der wirklich akkreditierten Gesandten sprechen. Ein Redaktionsversehen dürfte es sein, daß die Strafandrohung des § 104 d. R.St.G.B. und ebenso die des § 112 des österr. Entw. und des § 272 des ungar. St.G.B. sich nur auf Beleidigung der bei Hofe, beim Souverän akkreditierten diplomatischen Vertreter der höheren Rangklassen, nicht auch auf die Beleidigung der nur beim Minister des Außern beglaubigten Vertreter niederen Ranges (der chargés d'affaires) erstreckt. Der höhere Schutz kommt den betreffenden Personen zu, sobald und so lange sie als Gesandte bei unserer Regierung akkreditiert sind. Durchreisende, an fremden Höfen beglaubigte Gesandte entbehren desselben, ebenso de lege lata jene Vertreter fremder Mächte, welche, ohne als Gesandte im Inlande

accreditiert zu sein, mit Spezialmissionen, wie zum Beispiele zur Vertretung ihrer Regierung bei einem im Inlande stattfindenden Kongresse, sich bei uns aufhalten. Der Umstand, daß der betreffende Gesandte ein Inländer wäre, ist für unsere Frage gleichgültig.

Manche Gesetze, so das schwedische, Kap. 8 § 27, das portugies., Art. 159, das spanische, Art. 155 gedenken auch ausdrücklich des wohl seltenen Falles, daß ein fremder Souverän während seines Aufenthaltes im Inlande beleidigt oder an Körper und Freiheit verletzt werde und statuieren hiegegen ähnliche oder strengere Strafdrohungen wie gegen die Beleidigung von Gesandten und die Verletzung der diesen zustehenden Privilegien. Eine interessante Frage der Interpretation wäre es, wie nach einem Rechte, welches, wie z. B. das deutsche eines solchen Falles nicht ausdrücklich erwähnt und welches die Beleidigung eines fremden Souverains ohne Unterschied, ob er sich im Inlande oder im Auslande aufhält, nur unter Voraussetzung der Reciprozität als ein Sonderdelikt behandelt, derjenige zu bestrafen wäre, der den Souverän eines diese Reciprozität nicht gewährenden fremden Staates während dessen Aufenthaltes im Inlande beschimpft. Es erscheint mir zweifellos, daß, da der erhöhte Straffatz gegen Beleidigung des Gesandten nicht der Persönlichkeit des Gesandten, sondern dem von demselben repräsentierten Staate gilt, die Repräsentation des Staates aber, wenn der betreffende Souverän als solcher, nicht etwa incognito, im Inlande sich aufhält, auf ihn zurückfällt, in diesem Falle die Beschimpfung des Souveräns nach den für Beschimpfung seines Gesandten geltenden Grundsätzen und nicht nach den Grundsätzen über Privatehrenbeleidigung zu behandeln wäre. Würde daraus aber weiter folgen, daß während der Souverän offiziell im Inlande anwesend ist, sein Gesandter des erhöhten Strafschutzes verlustig wird?

Für den weitaus häufigeren Fall, daß jemand vom Inlande aus, allenfalls durch von hier aus verbreitete Druckschriften, einen fremden im Auslande sich aufhaltenden Souverän beleidigt, hat die Mehrzahl der Gesetzgebungen sich genötigt gesehen, ähnliche Sonderbestimmungen aufzustellen, wie wir sie eben in bezug auf die Beleidigung fremder Gesandten während ihres Aufenthaltes im Inlande kennen gelernt haben.<sup>\*)</sup> Es hieße eben den Thatfachen Gewalt anthun, wenn man

<sup>\*)</sup> Vgl. das deutsche R.St.G.B. § 103, das französische Pressgesetz Art. 36, das italienische Pressgesetz Art. 25, den italien. St.G.Entw. Art. 147, das portugies. St.G.B. Art. 160, das niederländ. St.G.B. Art. 117 (mit

den Repräsentanten und Chef der Regierung einer Großmacht, dessen Entschlüsse für das Schicksal des ganzen Staatensystems von höchster Wichtigkeit sind, in dieser Beziehung einem Privatmanne völlig gleichstellen wollte. Zudem treffen die Bedenken, welche sich gegen die Verurteilung wegen Beleidigung des inländischen Souveräns in jenen zahlreichen Fällen erheben ließen, in welchen die angebliche Beleidigung nichts weiter ist als ein, man möchte sagen, unter Umständen und in gewissen Kreisen konventioneller, gedankenlos und absichtslos ausgestoßener Fluch, auf Beleidigungen auswärtiger Souveräne nicht zu. Auch denkt niemand daran, den Bürgern unseres Staates eine Verpflichtung zu besonderer Ehrfurcht, wie sie ihnen im Verhältnisse zu unserem Souveräne obliegt, gegenüber einem auswärtigen Souveräne aufzuerlegen. Es werden also nur wirkliche

besonders strengen Ehrenfolgen, vgl. Art. 120 Abs. 3 und 28 Nr. 1—3), das dänische St.G.B. Art. 82 Abs. 2—4, den österr. Entw. § 111, das ungarische St.G.B. § 272 Nr. 1 und 264 Nr. 1, das belgische Gesetz vom 20. Dezember 1852 (bei Goblyn u. Mahiels S. 233, zu vergleichen mit dem für das ehemalige Vereinigte Königreich erlassenen Gesetz sur la repression des injures envers les souverains étrangers von 1816 in Nypel's Ausgabe von Chauveau und Hélie's *Théorie du Code pénal* III. p. 475), das Schweizer Bundesgesetz vom 4. Hornung 1853 Art. 42, das norweg. St.G.B. Kap. 9 § 29 und die schwedische Pressefreiheitsordnung § 3 Nr. 9 bei Goos, *Den nordiske Strafferet*, p. 18. Zweifelhaft ist es, ob nach schwedischem Rechte die Bestimmung des Kap. 8 § 28, welche wie die des § 27 Anwesenheit des Beleidigten im Inlande voraussetzen scheint, anwendbar ist. Nach englischem common law ist es ein misdemeanor, in veröffentlichten Druckschriften einen fremden Fürsten oder sonstigen Nachhaber, einen Gesandten oder sonstigen Würdenträger zu beleidigen, oder ihn dem Haffe und der Verachtung auszusetzen, in der Absicht, den Frieden zwischen dessen Staate und dem Vereinigten Königreiche zu stören. Sir James Stephen, *Digest* Art. 99, R. v. Chevalier d'Con, R. v. Lord G. Gordon, R. v. Bint, R. v. Peltier. Nach der Criminal Code Bill 1879 Sect. 104 würde dieser Satz zwei wichtigen Änderungen unterworfen. Zunächst würde als Voraussetzung der Strafbarkeit ausdrücklich hervorgehoben, daß die Veröffentlichung without lawful justification or excuse erfolgt sei, was bisher nicht völlig feststeht, außerdem aber würde als Dolus des Thäters nicht mehr die Absicht gefordert, die internationalen Beziehungen des britischen Reiches zu stören, sondern vielmehr die, den betreffenden fremden Souverän oder die die souveräne Gewalt ausübende Person dem Haffe oder der Verachtung ihres Volkes auszusetzen. Ältere holländische Verordnungen ähnlichen Inhaltes aus den Jahren 1642 und 1647 erwähnt schon Bynkershoek, *traité du juge compétent des ambassadeurs*, ch. 5. § 5. Auch in England wurde schon 1697, nach dem Frieden von Ryswick, der Verfasser einer Schmähschrift gegen Ludwig XIV verhaftet und zur Stellung einer Bürgschaft verhalten. Macaulay, *history* VIII. 263.

Beleidigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen des fremden Monarchen, wie sie auch gegen jeden Privatmann verübt, strafbar sind, mit Strafe bedroht werden. (Vgl. Doehorn in Goltzhammers Archiv XII. 106.) Das Delikt der Ehrfurchtsverletzung des österr. St.G.B. § 63, der *offesa* des italienischen Pressgesetzes (Pincherle S. 363) kann nur gegenüber dem inländischen Souveräne in Betracht kommen.<sup>5)</sup> Der Thatbestand dieses Deliktes kann um so weniger über das Maß des gemeinen Rechtes ausgedehnt werden, als ja, für den Fall, daß wir mit dem betreffenden Staate in Krieg verwickelt würden, die Strafbarkeit von Injurien gegen den fremden Souverän überhaupt cessierte, die Beleidigung eines fremden Souveränes also nicht ebenso wie die eines Privatmannes unter allen Umständen, sondern nur unter gewissen Bedingungen ein Delikt ist und der Gesetzgeber bei der Abgrenzung des Thatbestandes solcher, nur bedingungsweiser Delikte besonders vorsichtig sein muß. Daß die Beleidigung, Beschimpfung und selbst die Verleumdung des Souveräns eines Staates, mit welchem wir uns im Kriege befinden, nicht mit Strafe bedroht werden kann, ergibt sich einfach daraus, daß unser Staat der Erregung der Gemüter gegen den Repräsentanten und Chef des feindlichen Staates Rechnung tragen muß. So beschränkt auch das d. R.St.G.B. Art. 102 dieses Delikt auf Angriffe gegen die Ehre der Souveräne „befreundeter

<sup>5)</sup> Das französische Pressgesetz von 1881 Art. 36 bezieht sich allerdings, ebenso wie das jüt. belgische Gesetz Art. 1, zur Bezeichnung der Delikte gegen fremde Staatsoberhäupter statt der Ausdrücke *diffamation*, *injure* (Art. 29) oder *outrage* (Art. 37) des Terminus *offense*, desselben, mit welchem es auch die Beleidigung des Präsidenten der französischen Republik Art. 26 bezeichnet. Doch scheint dieser Ausdruck nur bestimmt zu sein, alle Arten der Beleidigung und Beschimpfung, welche, wenn in bezug auf Privatpersonen verübt, unterschieden werden, unter einer Strafbrohung zusammenzufassen, nicht aber dazu, den von dieser Strafbrohung betroffenen Thatbestand über das Maß dessen, was in bezug auf Privatpersonen gilt, hinaus zu erweitern. Doch ließe sich auch eine weitergehende Interpretation auf die Worte des Justizministers Cazot in seinem Zirkular an die Generalprokuratoren v. 9. November 1881 stützen: „daß der Ausdruck *offense*, wie der Ausdruck *outrage*, sowohl die *diffamation* als die *injure* umfasse und deshalb beibehalten wurde, weil er durch die gesetzgeberische Tradition geweiht sei und besser als jeder andre der exceptionellen Stellung des Staatsoberhauptes zu entsprechen scheine,“ in welchen Worten die noch etwas prononcierteren Motive des Senatsberichterstatters Pelletan (s. diese bei Faivre und Dénoit-Levy p. 109) und die Worte de Grattiers (citirt ebenort p. 111) nachklingen.

Staaten“, während das italienische Preßgesetz Art. 25, das französische Preßgesetz Art. 36, der österr. St.G.-Entw. § 111 es unterlassen, diese gleichwohl zu subintelligierende Einschränkung ausdrücklich hervorzuheben.

Noch weiter ging 1803 die englische Regierung, indem sie die Vollziehung des Erkenntnisses, kraft dessen der Herausgeber des *Ambigu*, der Emigrant J. Peltier, wegen Beleidigung des ersten Konsuls (trotz der noch heute zu den klassischen Mustern englischer Beredsamkeit gezählten Verteidigungsrede Macintosh') schuldig gesprochen worden war, nach Wiederausbruch des Krieges mit Frankreich sistierte. (Dudley-Field, *Project d'un Code de droit international* No. 207 Note.) Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier in aller Regel um Delikte gegen Abwesende handelt, eine Beleidigung in's Gesicht äußerst unwahrscheinlich ist, würde in diesem Falle noch mehr als in dem der Beleidigung eines Gesandten Öffentlichkeit der That als Konstitutivmerkmal des Verbrechens zu fordern sein, wie dies im französischen und belgischen Recht und nach dem italienischen Entwurf der Fall ist.

Da es nicht zulässig sein kann, daß amtliche Organe eines Staates ehrenrührige oder rechtswidrige Handlungen fremder Souveräne in amtlicher Weise feststellen, selbst, wenn diese Handlungen wirklich wahr wären, muß der Wahrheitsbeweis ausgeschlossen werden. Nichts destoweniger findet sich in W. diese Ausnahme von den allgemeinen Grundsätzen ausdrücklich nur im ungarischen St.G.B. § 264 Nr. 1 statuiert. Das dänische St.G.B. Art. 82 al. 4 verb. „uden at naevne sin Hjemmel“ enthält sogar eine ausdrückliche Hinweisung auf den Wahrheitsbeweis. Daß ein solcher nach französischem und italienischem Rechte nicht zulässig ist, ergibt sich daraus von selbst, daß derselbe ja überhaupt regelmäßig ausgeschlossen ist und nur in den ausgenommenen Fällen des Art. 35 des franzöj. Preßgesetzes bez. des Art. 575 ff. des *Codice penale Sardo* — ähnlich Art. 411 des *Senatsentwurfes*, bei Pincherle S. 385, — zugelassen wird. Ebenso ist die Anwendbarkeit der Grundsätze, welche etwa über die Retorsion von Injurien gelten, (d. R.St.G.B. § 199, österr. Entw. § 67) auszuschließen. Nach jenen Gesetzen, welche die Beleidigung fremder Souveräne und Gesandten aus dem Zusammenhange der sonstigen Beleidigungsdelikte loslösen und in die Reihe der Delikte gegen befreundete Staaten stellen, muß man wohl annehmen, daß der Gesetzgeber dadurch die Ausschließung der sonst von den Beleidigungen geltenden singulären Rechtsätze andeuten wollte.



Sedenfalls aber gilt dies nicht von solchen Gesetzen, welche wie das österr., die Beleidigung der gedachten Personen nur als qualifizierte gemeine Beleidigung betrachten. Doch sollte auch in Gesetzen wie die erstgedachten, ersichtlich gemacht werden, daß Kritiken, wie die im § 193 des R.St.G.B. erwähnten, auch fremden Souveränen gegenüber nur unter den dort hervorgehobenen Voraussetzungen strafbar seien. In Rücksicht auf Kritiken über künstlerische und wissenschaftliche, z. B. historische Arbeiten von Gesandten, fordern dies auch Heffter, Völkerrecht § 204 Anm. 9 und Calvo § 559. Ein Angriff gegen einen fremden Souverän fällt nur dann unter diese Strafbrohungen, wenn er denselben in seinem persönlichen Charakter trifft. Auch ein noch so leidenschaftlicher Tadel eines Regierungskollegiums konstituiert dieses Delikt nicht, insofern der betreffende Souverän nicht gleichzeitig in seinem persönlichen Charakter angegriffen oder beschimpft wird. Das tribunal de police correctionnelle de la Seine hat daher den Grafen Reilhac und den Herrn Battarel von der vom portugiesischen Geschäftsträger wegen Beleidigung des Königs von Portugal erhobenen Anklage unter anderm auch deshalb mit Recht freigesprochen, weil der Vorwurf, daß das königlich portugiesische Anlehen (des Don Miguel von 1832) notleidend sei und auch die sonstigen Ausdrücke jenes offenen Briefes, welchen das Gläubigersyndikat gegen die portugiesische Regierung wegen Nichtrückzahlung dieses Anlehens veröffentlicht hatte, nicht gegen die Person des nunmehrigen Königs gerichtet waren. (Arnß in der Revue de droit intern. XII. 653), eine Auffassung, welcher die Cour d'appel, chambre correctionnelle in ihrem, die Freisprechung bestätigenden Erkenntnisse vom 17. Juli 1880 beipflichtete.

Auf depostierte Souveräne oder auf solche, die selbst der Regierung entzogen haben, denen also nur die Führung des Titels eines Souveräns zusteht, können diese Bestimmungen nicht ausgedehnt werden; denn sie haben ihren Grund nur in der Machtstellung des regierenden Souveräns.<sup>6)</sup> Allerdings aber finden sie Anwendung auf den Papst, welcher nach dem von den Mächten anerkannten sog. Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 die völkerrechtliche Stellung eines Souveräns behalten hat.

<sup>6)</sup> Übereinstimmend die Entscheidungen des französischen Kassationshofes vom 12. September 1834 und vom 24. Mai 1879 bei Faivre und Benoît-Lévy S. 179.

Nach allen Gesetzen ist entweder kraft ausdrücklicher Bestimmung oder infolge der allgemeinen Grundsätze über die Verfolgung von Injurien der im diplomatischen Wege zu stellende Antrag des beleidigten Souveräns erforderlich. Dieser Antrag muß natürlich in der Verhandlung vorgelegt werden. Die Unannehmlichkeiten, welche sich aus der Diskussion und Kritik eines solchen Antrages von seite der Verteidigung des Angeklagten ergeben können, bestimmten die sardinische Regierung, eine Abänderung des Gesetzes vom 26. Mai 1848 dahin zu beantragen, daß die Staatsanwaltschaft bei Erhebung solcher Anklagen in Zukunft nicht mehr genötigt sein solle, jenes Dokument, in welchem von seite der fremden Regierung das Verlangen gestellt wurde, im Originale vorzulegen, daß vielmehr ihre Erklärung, der Antrag sei gestellt worden, genügen solle. (Vgl. Rede des Justizministers De Foresta bei Pincherle, S. 573), welcher Vorschlag unter dem 26. Februar 1852 Gesetz wurde. (Vgl. auch Durante, *Archivio giuridico* 1882 p. 379). Wohl aus demselben Grunde wurde in ähnlicher Weise das belgische Gesetz vom 20. Dezember 1852 durch Art. 13 des Gesetzes vom 12. März 1858 amendiert.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung scheint die französische Praxis gerade dieses Requisit sehr strenge zu urgieren. So führt wenigstens die *cour d'appel de la Seine* in ihrem oben citierten Urteile vom 17. Juli 1880 in der *Affaire des Grafen Reichhac* und des Herrn Battarel als einen der die Abweisung der Anklage begründenden Umstände auch den an, daß das Verlangen nach strafgerichtlicher Verfolgung der Angeklagten von der portugiesischen Regierung und nicht, wie es nach dem damals geltenden Gesetze vom 29. Dezember 1875 Art. 6 § 2 nötig gewesen wäre, vom Könige von Portugal selbst gestellt sei. (Arnk. l. c. XII. p. 660).

Der Straffatz ist wenigstens in seinem Minimum im Vergleich mit dem gegen Privatehrenbeleidigung zu erhöhen, die Verfolgbarkeit an die Bedingung der Reciprozität zu knüpfen, wie dies im d. R. St. G. B. und im österr. Entw. der Fall ist.

Die Verfolgung findet wohl überall durch den öffentlichen Ankläger statt. Selbst für England hat dies Lord Aberdeen 1853 zugestanden. (Phillimore I p. 417). Und so wird auch nach deutschem Rechte, wenn schon die Anwendbarkeit der Vorschriften des § 414 ff. R. St. Pr. O. auf die hier in Frage stehenden Delikte nicht absolut ausgeschlossen ist, dennoch die Staatsanwaltschaft sich wohl in allen

Fällen bestimmt finden, die öffentliche Klage im öffentlichen Interesse zu erheben. (§ 416 R.St.Pr.D. Dlschhausen, Kommentar zu § 103 R.St.G.B. No. 5.)

## VI.

Selbstverständlich ist es, daß, wenn ein Staat mit einem oder mit mehreren andern in einer jener innigeren oder looser Beziehungen steht, welche man mit den Schlagworten Bundesstaat oder Staatenbund bezeichnet, der Schutz der Strafgesetze des einen den politischen Institutionen des andern in einem höheren Maße zu teil werden muß, als dies gegenüber jenen Staaten der Fall ist, zu welchen er nur in einem völkerrechtlichen, nicht auch in einem staatsrechtlichen Verhältnisse steht. Da die gemeinsamen Institutionen schon ihrem Begriffe nach Institutionen beider Staaten sind, so schützt jeder derselben sie als die seinigen.<sup>1)</sup> Es gilt dies nicht bloß von dem gemeinsamen Souverän, sondern ebenso auch von den Parlamenten, dem Ministerium, dem Heere, der Flotte, dem Staatsvermögen, so weit sie gemeinsam sind, von der Amtspflicht, soweit sie beiden Staaten gegenüber besteht, überhaupt von allen gemeinsamen Instituten. Insofern ist also die Frage völlig abhängig von einer Vorfrage rein staatsrechtlicher Natur. Was gemeinsam ist, bedarf des Schutzes beider Gesetze.

Weit schwieriger ist die andre Frage, in wie weit der eine der verbundenen Staaten in seinen Gesetzen die dem andern eigentümlichen Institute schützen solle. Natürlich ist eine Antwort a priori auf diese Frage absolut ausgeschlossen. Es kommt alles auf die Besonderheit des Verhältnisses der betreffenden Staaten zu einander an. In gewissem Sinne wird ja jedes den einen Staat betreffende Delikt, nicht bloß ein solches politischer Natur, sondern z. B. auch eines gegen die Finanzen desselben, auf die Verhältnisse des andern einen Rückschlag üben. Einen schwachen Ausdruck hat diese Konnergität der Interessen z. B. im ungar. St.G.B. § 146 gefunden, indem der Begriff des Staatsverrates auch auf die Mitteilung und Veröffentlichung solcher Urkunden, Daten oder Nachrichten ausgedehnt wird, welche die „Sicherheit oder sonstige wichtige Interessen des

<sup>1)</sup> A. M. Dantscher v. Rollesberg, der monarchische Bundesstaat Österreich-Ungarn, dessen Polemik gegen die Auffassung des Strafgesetzausschusses des österr. Abgeordnetenhauses S. 16 ff. ich übrigens nur zustimmen kann. Vgl. gegen diese auch die Motive zu § 92 der Regierungsvorlage von 1881.

andern Staates der österreichisch-ungarischen Monarchie betreffen", während der österr. St.G.-Entw. § 97 der Reciprozität keinen entsprechenden Ausdruck gewährt.

Etwas äußerlich gehalten scheint die Disposition des schweizerischen Bundesgesetzes Art. 52, nach welcher Verbrechen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die innere Sicherheit einzelner Kantone zu von Bundes wegen zu verfolgenden Verbrechen werden, „sofern die betreffenden Handlungen Ursache oder Folge von Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlaßt worden ist.“ Vgl. auch Art. 112 Nr. 3 der revidierten Verfassung vom 29. Mai 1874.

Am vollständigsten finde ich die besprochene Konnexität der Interessen zweier Bundesstaaten strafrechtlich im schwedischen St.G. von 1864 ausgedrückt. (Vgl. Kap. 8 § 23). Unter anderm (die vollständige Aufzählung der einschlagenden Bestimmungen würde zu weitläufig sein) ist nach Kap. 8 § 16 und 23 auch derjenige nach schwedischem Rechte strafbar, der von einer fremden Macht Geschenke angenommen hat, um den Interessen dieser Macht zum Nachtheile Norwegens zu dienen und ebenso ist nach Kap. 9 § 5, 8, 9 auch die Beleidigung der norwegischen Regierung, des norwegischen Storting oder seiner Komites ein nach schwedischem Rechte gegenüber der Beleidigung von Privatpersonen ausgezeichnetes Delikt<sup>2)</sup>, während nach ungarischem Rechte z. B. wohl die Beleidigung des kroatisch-slavonisch-dalmatinischen Reichstages, nicht aber die des cisleithanischen Reichsrates nach Grundsätzen beurteilt wird, die von den für die Beleidigung von Privaten geltenden verschieden sind (§ 269). Natürlich aber ist Beleidigung auch der österreichischen Delegation als des zur Verhandlung gemeinsamer Angelegenheiten bestimmten Vertretungskörpers auch nach ungarischem Rechte ebenso eine ausgezeichnete Beleidigung wie es die Beleidigung eines österreichischen Regimentes als eines Bestandtheiles der gemeinsamen Armee ist (§ 270). Sinegen sind jene besonderen Grundsätze, welche für den Fall der Beleidigung eines Staatsbeamten, u. A. also eines Ministers, im österreichischen

<sup>2)</sup> Vgl. insbesondere 6003, Den nordiske Strafferet (5. Heft der Nordisk Retsencyklopaedi) 1882, p. 19 und über die Inkongruenz des dänischen und des isländischen Strafgesetzes hinsichtlich des dem isländischen Althing bez. dem dänischen Rigsdag gewährten strafrechtlichen Schutzes desselben Verfassers Danske Strafferet, 1875, I. p. 325 und II. p. 130.

oder ungarischem Rechte gelten, nur auf Beamtete des betreffenden Staates anwendbar, so daß die Beamteten des andern Staates als Privatpersonen gelten. Ebenso sind Wahlbelikte in Österreich nur in bezug auf österreichische, in Ungarn nur in bezug auf ungarische Wahlen strafbar, mag auch die betreffende Wahl, wie z. B. die eines Abgeordneten des Reichsrates (Reichstages), der seinerseits die Mitglieder der zur Entscheidung über gemeinsame Angelegenheiten bestellten Delegation zu wählen hat, von Einfluß auf Entscheidungen sein, welche unmittelbar auch die andre Reichshälfte affizieren.

Ganz anders als die Verhältnisse Österreich-Ungarns liegen die des deutschen Reiches. Es ist dies die Folge des engeren politischen Verbandes der Staaten des deutschen Reiches und des für diesen engeren Verband charakteristischen Umstandes, daß das deutsche Reich ein gemeinsames Strafgesetz besitzt.<sup>3)</sup> Seinen strafrechtlichen Ausdruck findet dieses höhere Maß von Einheit des deutschen Reiches u. A. in den uns hier besonders interessierenden Bestimmungen des 5. Abschnittes des 2. Teiles, nach welchen in Preußen verfolgt werden kann, wer von Preußen aus es versucht, ein Mitglied des Hamburger Senates an der Abgabe seiner Stimme bez. einen münchener Wähler an der Wahl eines Abgeordneten zum bayrischen Landtage gewaltsam zu verhindern.

## VII.

Was endlich das Gericht betrifft, dessen Kompetenz die in dieser Abhandlung besprochenen Delikte zugewiesen werden sollen, so scheint es konsequent zu sein, diese Delikte jenen Gerichten zu überweisen, welche auch über politische Delikte gegen das Inland zu urteilen berufen sind. Für den Fall, daß dies Schwurgerichte sind, wird es allerdings schwer sein, sich gegen die Bedenken zu verschließen, welche daraus resultieren, daß die Kenntnisse unserer Geschwornen von den Verhältnissen des betreffenden fremden Staates meistens nur durch das oft sehr trübe Medium der Darstellungen unserer inländischen

<sup>3)</sup> Eine schärfere Accentuierung der Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten gegenüber dem Bunde auch im Strafrechte hatte in bezug auf den Entwurf des St.G.B. f. d. norddeutschen Bund Heintze in seinen staatsrechtlichen und strafrechtlichen Erörterungen 1870 S. 63 ff. S. 79 ff. gefordert, ist aber mit diesen Forderungen nur zum geringen Teile durchgebrungen.

Presse vermittelt sind und daher ein hohes Maß von Voreingenommenheit einem unbefangenen Verdikte entgegenstehen mag. Andererseits darf man aber nicht verkennen, daß beamtete Richter der Versuchung, bei solchen Prozessen in dubio sich eher für die Verurteilung zu entscheiden, um der Regierung ihres Staates internationale Verwicklungen, welche aus einer von Staatsbeamten ausgehenden Freisprechung des Angeklagten entstehen könnten, zu ersparen, besonders ausgesetzt sein dürften. Das Resultat dieser widerstreitenden Erwägungen ist daher eine Verschiedenheit der Lösung der Frage in den einzelnen Gesetzgebungen. Nach österr. Rechte<sup>1)</sup> gehört das Verbrechen des § 66 zur Kompetenz der Schwurgerichte, ebenso die Beleidigung fremder Souveräne, wenn sie Preßdelikt ist; während sie sonst ganz unpassender Weise zur Kompetenz des Bezirksrichters gehören würde. Prinziplos ist es auch, daß nach deutschem Rechte über die Delikte des § 102 bald Schwurgerichte bald Strafkammern urteilen, je nachdem die That als Verbrechen oder als Vergehen qualifiziert wird. Über die Vergehen der § 103, 103a und 104 aber urteilen die Strafkammern. Nur wenn ausnahmsweise einmal die Staatsanwaltschaft die öffentliche Klage nicht erhoben hätte, könnte die Kompetenz der Schöffengerichte behauptet werden. § 27, Nr. 3. G.B.G. Das französische Recht verweist ebenso wie das belgische Recht die einschlagenden Strafsachen, da sie entweder crimes oder délits politiques sind, vor Assisen.<sup>2)</sup> Ebenso gehören sie in England und Amerika zur

<sup>1)</sup> Auch über die Frage, ob im Falle des § 66 die Gegenseitigkeit verbürgt und in Oesterreich gesetzlich kund gemacht sei, als über eine solche, durch deren Verneinung eine Thatsache festgestellt würde, welche die Strafbarkeit ausschließen würde (§ 319 St.P.O.) würden die Geschwornen und nicht der Schwurgerichtshof zu entscheiden haben. Da die erwähnte Bedingung für die Strafbarkeit der That im Strafgesetze aufgestellt ist, kann man doch nicht behaupten, daß im Falle ihrer Defizienz die Verfolgung aus Gründen des Prozeßrechtes ausgeschlossen sei. (vgl. § 317 St.P.O.) Unrichtige Beantwortung dieser Frage würde im Falle der unrichtigen Annahme der Strafbarkeit den Nichtigkeitsgrund des § 344 Ziff. 11, im entgegengesetzten Falle den des § 344 Ziff. 10a begründen.

<sup>2)</sup> Erwähnung verdient es, daß die Regierungsvorlage des französischen Preßgesetzes von 1881 die Beleidigung fremder Staatsoberhäupter und Gesandter der Kompetenz der Schwurgerichte ausdrücklich entzog und daß erst in der Kammer der Seinepräfect Floquet gegen den Widerspruch des Justizministers die Verweisung dieser Delikte vor die Assisen durchsetzte. (Favre u. Bénéoit: Lévy S. 214 f.)



Kompetenz der Jury. In Italien hingegen sind, wenigstens für das Gebiet des ehemaligen Königreiches Sardinien, die Anklagen wegen Beleidigung fremder Souveräne durch das Gesetz vom 26. Februar 1852 der Jury ausdrücklich entzogen worden. (Vgl. die sehr interessanten Debatten über dasselbe im subalpinen Parlamente bei Pincherle S. 563—642). Ob dieses Gesetz heute für ganz Italien gilt, vermochte ich nicht zu ermitteln. (Vgl. Durante im Archivio giuridico 1882 p. 379.) In der Schweiz urteilt über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht der Bundesgerichtshof „mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen“. Art. 112 Nr. 2 der Verfassung von 1874.

---